



MANNHEIM GEMEINSAM GESTALTEN!

Bürgerbeteiligung

MANNHEIM²

Danke...

- > allen, die an der Befragung zu den Bürgerbeteiligungsverfahren teilgenommen und aufgrund ihrer vielfältigen Erfahrungen wichtige Impulse für die vorliegende Handreichung gesetzt haben.

- > der CHANGE²-Projektgruppe „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“, die die Handreichung auf den Weg gebracht und deren Entstehung mit Rat und Tat begleitet hat.



IMPRESSUM

Stadt Mannheim
Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen
Team Bürgerschaft und Beteiligung
Robert Erasmy
Rathaus, E5
68159 Mannheim
Telefon: 0621 293-9336
E-Mail: robert.erasmy@mannheim.de
www.mannheim.de/buergerbeteiligung

Redaktion Ruth Kupper
Gestaltung Imke Krüger
Druck Druckerei Schwörer, Mannheim
Fotografie Carolin Breckle, Joachim Fahrwald, Andreas Henn, Susanne Lencinas, Dirk Schuhmann, Stadt Mannheim, Ben van Skyhawk, Fotolia.com (U3)
Mannheim, Dezember 2012; Auflage 500



MANNHEIM GEMEINSAM GESTALTEN!

Bürgerbeteiligung

– Eine Handreichung –

VORAB

Platzumgestaltungen, eine Großgruppenkonferenz zur Kinderbetreuung, das große Thema Konversion: Bürgerbeteiligung findet in Mannheim seit vielen Jahren an verschiedenen Orten zu vielfältigen Themen und in sehr unterschiedlichen Dimensionen statt.

Der Impuls zur heutigen Breite und Tiefe der Beteiligung kam insbesondere von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz. Um die Gründe und Zusammenhänge zu beleuchten, hat ihm die Redaktion vier Fragen gestellt.



DR. PETER KURZ
Oberbürgermeister

HERR OBERBÜRGERMEISTER, **WARUM BRAUCHT MANNHEIM BÜRGERBETEILIGUNG?**

Erstens: Wenn wir unsere Ziele erreichen und die großen Herausforderungen bewältigen wollen, dann müssen viele mitziehen – als Ideen- und Impulsgeber, als Kooperationspartner, als bürgerschaftlich Engagierte, als Unternehmer, Stifter oder Investoren. Und zweitens: Unsere Demokratie braucht mehr Akzeptanz und mehr Demokraten. Menschen, die sich um das Gemeinwesen kümmern. Bürgerbeteiligung hat ja – je nach Thema auch unterschiedliche – konkrete Ziele. Es geht um mehr Akzeptanz für die Ergebnisse und Entscheidungen, es geht um mehr Qualität und es geht um Aktivierung. Und es ist ein demokratisches Lernfeld.

WAS MUSS DIE STADTVERWALTUNG LEISTEN, **UM EINE ZEITGEMÄSSE DIALOG-KULTUR ZU ERREICHEN?**

Entscheidend ist die Grundhaltung, dass eine Stadt nur gemeinsam mit allen Beteiligten gestaltet werden kann. Somit gibt es keine Trennung zwischen oben und unten, sondern unterschiedliche Verantwortlichkeiten in einem gemeinsamen Prozess, in dem die Bürger u.a. als Multiplikatoren und Lotsen gebraucht werden.

In unserer Verwaltung ist Bürgerorientierung eine fast überall relevante Aufgabe, die sich im Handeln aller wiederfinden muss.

ÜBERFORDERN WIR NICHT DIE MENSCHEN? WAS IST MIT DENEN, DIE EINFACH „IN RUHE GELASSEN“ WERDEN WOLLEN?

Demokratie ist die einzige Staatsform, die man lernen muss, sagt der Soziologe und Philosoph Oskar Negt. Das ist anstrengend. Aber selbstverständlich gibt es auch ein Recht, sich nicht zu beteiligen. Wenn das aber zu viele tun, wird es kritisch.

WAS ERWARTEN SIE VON DIESER HANDREICHUNG?

Die Herausforderungen im Bereich Bürgerbeteiligung werden größer und anspruchsvoller. Mit einer Handreichung alleine werden wir diese Herausforderungen natürlich nicht meistern. Sie ist aber ein wichtiger Baustein im Rahmen unserer Bürgerbeteiligungsstrategie. Denn es geht um Professionalisierung an vielen Stellen der Verwaltung. Die Handreichung baut auf wertvolle Erfahrungen auf, die wir im Laufe der Jahre gesammelt haben und stellt sie allen in der Verwaltung erstmalig in gebündelter Form zur Verfügung. Ich erwarte von der Handreichung, dass sie dazu beiträgt, dass wir in Mannheim auch weiterhin Bürgerbeteiligung auf hohem Niveau und in vergleichbarer Qualität durchführen. Besonders wichtig ist das Bewusstsein, dass nicht allein die politische Spitze oder die Fachbereichsleitungen für gelingende Bürgerbeteiligung verantwortlich sind. Es sind vielmehr ganz viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch die Art, wie sie kommunizieren und wie sie ihre Verantwortung annehmen, Transparenz herstellen.

INHALT



1 VON DER VERWALTUNG FÜR DIE VERWALTUNG 7

- 1.1 Wozu dient diese Handreichung? 7
- 1.2 An wen wendet sie sich? 7



2 MANNHEIM GEMEINSAM GESTALTEN 9

- 2.1 Bürgerbeteiligung als Strategisches Ziel 9
- 2.2 Leitsätze für gelungene Bürgerbeteiligung 10



3 GUT ZU WISSEN 15

- 3.1 Was genau ist Bürgerbeteiligung? 15
- 3.2 Was ist der Unterschied zwischen informeller u. formeller Bürgerbeteiligung? 16
- 3.3 Warum sollen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden? 19
- 3.4 Können Bürgerinnen und Bürger ein bisschen beteiligt werden? 22
- 3.5 Bürgerbeteiligung als „Wundermittel“ für jede Planung und jedes Problem? 23
- 3.6 Bei welcher Planung kann Bürgerbeteiligung unterstützen? 24
- 3.7 Wer entscheidet, ob ein Bürgerbeteiligungsverfahren stattfindet? 25



4 CHECKLISTE ZU BÜRGERBETEILIGUNGSVERFAHREN 27

- 4.1 Initiierung: Wieso? Weshalb? Warum? 28
- 4.2 Vorbereitung: Eine gute Vorbereitung ist die halbe Miete 30
- 4.3 Durchführung: Endlich geht's los! 35
- 4.4 Auswertung: Und wie geht's weiter? 37
- 4.5 Alles klar? 39



5 BEWÄHRTE BETEILIGUNGSMETHODEN UND MANNHEIMER BEISPIELE 41

- 5.1 Bürgerinformationsveranstaltung 42
- 5.2 Bürgerforum 43



- 5.3 Kooperative Planung 44
- 5.4 Großgruppenkonferenz 45
- 5.5 Planungsworkshop 46
- 5.6 Runder Tisch 47
- 5.7 Zukunftswerkstatt 48
- 5.8 World Café 49
- 5.9 Maßnahmenbezogenes Forum 50
- 5.10 Ortsbegehungen 51
- 5.11 Online-Dialog 52



6 ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER 53



7 QUELLEN 54



8 ANHANG 55

- A Übersicht über Bürgerbeteiligungsprozesse in Mannheim 56
- B Beispiele für formelle Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der GemO 58
- C Methodenbeispiele für formelle und informelle Bürgerbeteiligung in den unterschiedlichen Intensitätsstufen 59
- D Methodenübersicht 60
- E Literaturempfehlungen 64



Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung



Hilfreiche Links



1 VON DER VERWALTUNG FÜR DIE VERWALTUNG

Im Rahmen des CHANGE²-Projektes „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements“ wurde im Frühjahr 2012 eine Erhebung von 19 Mannheimer Bürgerbeteiligungsverfahren der letzten Jahre durchgeführt. Parallel hierzu wurden die jeweiligen federführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung interviewt. Aus der Erhebung und den Interviews konnten sehr wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden: einerseits eine Zusammenstellung von Erfolgskriterien für gelungene Bürgerbeteiligung, andererseits auch die Identifizierung von Stolpersteinen und Problemfeldern. Beides, die Erhebung und die Interviews, bildeten eine wesentliche Grundlage für die vorliegende Handreichung, die vom Team Bürgerschaft und Beteiligung im Fachbereich 15 (Rat, Beteiligung und Wahlen) erstellt wurde.

Eine Übersicht über die in der Erhebung berücksichtigten Bürgerbeteiligungsverfahren finden Sie im Anhang (A), die Auswertung im Intranet.

1.1 WOZU DIENT DIESE HANDREICHUNG?

Im ersten Teil werden Grundbegriffe zum Thema Bürgerbeteiligung definiert und erläutert. Anschließend will die Handreichung als Entscheidungshilfe dienen, ob, und wenn ja, in welchem Umfang, eine Beteiligung der Bürgerschaft sinnvoll ist.

Die Handreichung bezieht sich in erster Linie auf informelle – also freiwillige – Bürgerbeteiligung, die nicht in Gesetzen oder Verordnungen verankert ist (s. Kap. 3.2). Ist die Entscheidung für ein informelles Bürgerbeteiligungsverfahren gefallen, kann das Verfahren mithilfe konkreter Fragen in der Checkliste vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden. Eine Vorstellung von bewährten Beteiligungsmethoden mit Praxisbeispielen findet sich am Ende.

Im Anhang sind zusätzliche Informationen wie Beispiele für formelle und informelle Beteiligungsmethoden, Literaturempfehlungen und Links aufgeführt.

1.2 AN WEN WENDET SIE SICH?

Die Handreichung wendet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Mannheimer Stadtverwaltung, die Bürgerbeteiligungsverfahren initiieren, begleiten und durchführen.

Die Handreichung und weitere wichtige Hinweise und Dokumente zum Thema stehen im Intranet zur Einsicht und zum Herunterladen zur Verfügung.



2 MANNHEIM GEMEINSAM GESTALTEN

2.1 BÜRGERBETEILIGUNG ALS STRATEGISCHES ZIEL

„Engagement unterstützen“ lautet ein Strategisches Ziel der Stadt, was sowohl das bürgerschaftliche Engagement als auch die Beteiligung der Mannheimer Bevölkerung an politischen Prozessen und Entscheidungen beinhaltet. Beides sind Elemente der Bürgerorientierung, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Die vorliegende Handreichung legt den Schwerpunkt auf die Beteiligung im engeren Sinne, das bedeutet die Teilnahme der Einwohnerschaft an Beteiligungsverfahren.

STRATEGISCHES ZIEL 07: ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

„Mannheims Einwohnerinnen und Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.“

Die gemeinsame Verantwortung aller für ihre Stadt bildet die Grundlage für eine weltoffene und vielgestaltige Metropole, deren lebendiger Charakter das Ergebnis einer aktiven Stadtgemeinschaft ist. Die hohe Identifikation der EinwohnerInnen mit Mannheim wird von der Stadt gefördert und findet in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport ihren Ausdruck. Die Stadt stärkt das bürgerschaftliche Engagement durch neue und individuelle Beteiligungsformen und fördert dadurch die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen. „Bürgerstadt Mannheim“ bedeutet, Mannheim im Trialog von Politik, Bürgerschaft und Verwaltung gemeinsam weiter zu entwickeln und zu gestalten.



2.2 LEITSÄTZE FÜR GELUNGENE BÜRGERBETEILIGUNG

Das Team Bürgerschaft und Beteiligung hat in Abstimmung mit der CHANGE²-Projektgruppe Leitsätze für eine gelungenen Bürgerbeteiligung entwickelt. Die Leitsätze bilden die Grundlage des Selbstverständnisses, Mannheim gemeinsam zu gestalten:

PRÄAMBEL

Mannheim ist Bürgerstadt mit einer lebendigen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Die Stärkung der Bürgerorientierung ist Teil der kommunalen Strategie der Stadt.

Bürgerbeteiligung als ein Element der Bürgerorientierung verstehen wir als Teilnahme von Mannheimerinnen und Mannheimern an politischen Prozessen und Entscheidungen. Die hier von uns angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten gehen über die gesetzlichen formellen Verfahren hinaus. Bürgerbeteiligung ist für uns ein kontinuierlicher, dauerhafter Prozess, der sich im Konkreten je nach Anlass in Art und Umfang unterscheidet.

„Bürgerstadt Mannheim“ bedeutet, Mannheim als Stadt ihrer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam und im Dialog weiter zu entwickeln und zu gestalten. Die Kompetenz der Bürgerschaft wird für die Entwicklung der Stadt genutzt und durch Teilhabe die politische Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger gefördert. Die gemeinsame Verantwortung aller für ihre Stadt bildet die Grundlage für eine weltoffene und vielgestaltige Metropole, deren lebendiger Charakter das Ergebnis einer aktiven und sozialen Stadtgemeinschaft ist.



1 BÜRGERBETEILIGUNG IST VON ALLEN ERNSTHAFT GEWOLLT

Bürgerbeteiligung ist ein gemeinsamer Auftrag der gesamten Stadtgesellschaft und braucht das Engagement von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Dieses Selbstverständnis ist eingebettet in eine kommunale Gesamtstrategie und drückt sich nicht nur in der Zahl, sondern auch der Qualität der Beteiligungsprozesse aus. Dafür notwendige Ressourcen werden von der Stadt zur Verfügung gestellt.

Die Bürgerinnen und Bürger bringen sich mit ihrem Wissen über die Stadt ein und werden entsprechend ernstgenommen, unterstützt und wertgeschätzt.

Die Verwaltung begreift Bürgerorientierung als Querschnittsaufgabe, die sich im Handeln aller wieder findet. Verbindliche und professionelle Bürgerbeteiligung ist selbstverständlich und wird bei Themen mit eingeplant, die die Lebensqualität einer hohen Anzahl von Menschen betreffen.

Der Gemeinderat ist in die Beteiligungsverfahren eingebunden und berücksichtigt die Ergebnisse bei seinen Entscheidungen.

2 BÜRGERBETEILIGUNG HAT KLARE ENTSCHEIDUNGSPERSPEKTIVEN

Bürgerbeteiligung findet mit einem klaren Entscheidungsspielraum statt. Anlass des gemeinsamen Dialogs und Handlungsmöglichkeiten sind definiert und allen bekannt, so dass keine falschen Erwartungen entstehen. Zu Beginn eines Beteiligungsprozesses wird der Auftrag klar definiert.

Bürgerbeteiligung unterstützt das repräsentative, demokratische System und wirkt beratend für den Mannheimer Gemeinderat. Die regulären und formellen politischen Prozesse werden hierdurch mit den informellen Beteiligungsverfahren verzahnt.



3 BÜRGERBETEILIGUNG SPRICHT BETROFFENE ZIELGRUPPEN AN UND BLEIBT DABEI OFFEN FÜR ALLE

Bürgerbeteiligung ist offen für alle, ist entsprechend niederschwellig, barrierefrei und sprachlich verständlich. Es werden Rahmenbedingungen geschaffen, die eine Beteiligung verschiedener Zielgruppen ermöglichen. Die Bürgerschaft wird auf unterschiedliche Art und Weise zum Mitmachen eingeladen und hierfür motiviert. Ziel ist es, alle gesellschaftlichen Perspektiven zu berücksichtigen und möglichst viele zu erreichen und einzubeziehen. Betroffene Zielgruppen werden erkannt, gezielt angesprochen und in ihrer Meinungsäußerung unterstützt. Hierbei wird auf Ausgewogenheit der zu Beteiligenden geachtet.

4 BÜRGERBETEILIGUNG IST TRANSPARENT

Bürgerbeteiligung erfolgt geplant, ist vorhersehbar und ihre Durchführung verbindlich vereinbart.

Die Ziele und der Zeitrahmen eines Beteiligungsverfahrens sind allen Akteuren bekannt. Es besteht Klarheit darüber, wer für welche Aspekte verantwortlich ist, was mit den erarbeiteten Ideen passiert und wo was entschieden wird. Besonderheiten des Themas, z.B. seine stadtteilspezifische Vorgeschichte, werden berücksichtigt. Transparenz erfordert eine Kommunikationsstrategie, die über unterschiedliche Wege die hierzu erforderlichen Informationen der breiten Öffentlichkeit zugänglich macht.



5 BÜRGERBETEILIGUNG BRAUCHT FAIRE DIALOGE

Zu Beginn eines Beteiligungsverfahrens steht eine Verständigung über Spielregeln, wie das gemeinsame Thema bearbeitet wird. Diese werden bei Bedarf weiterentwickelt, aber im Grundsatz beibehalten. Verlässliche Kommunikation und Rückkopplung sorgen für Klarheit bei allen Beteiligten, an welchem Punkt der Prozess steht. Änderungen im Prozessverlauf werden miteinander besprochen.

Alle Beteiligten begegnen sich auf Augenhöhe, achten auf Verständlichkeit, diskutieren mit Respekt und halten ihre Zusagen ein.

6 BÜRGERBETEILIGUNG FÖRDERT AKZEPTIERTE LÖSUNGEN

Bürgerbeteiligung erhöht die Akzeptanz von Lösungen, da viele bei ihrer Erarbeitung mitgewirkt und dadurch die Qualität verbessert haben. Ziel ist, dass Entscheidungen, die nach den vorher vereinbarten Regeln getroffen worden sind, auch von denen akzeptiert werden, die anderer Meinung sind.

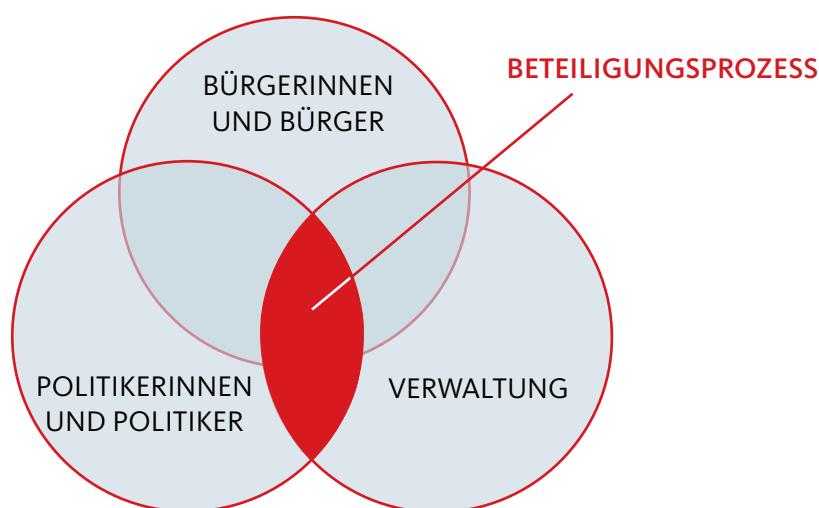


3 GUT ZU WISSEN

3.1 WAS GENAU IST BÜRGERBETEILIGUNG?

Die Mannheimer Stadtverwaltung sieht Bürgerbeteiligung als Element der Bürgerorientierung und versteht darunter die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Prozessen und Entscheidungen. Alle Betroffenen und Interessierten sollen ihre Vorstellungen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben vertreten und einbringen können. Das schließt gerade auch diejenigen mit ein, die sich aus unterschiedlichen Gründen oft nicht angesprochen fühlen oder deren Beteiligung auf Grund von verschiedenen Hürden, beispielsweise fehlendes Wahlrecht oder deutsche Sprachkenntnisse, erschwert ist. Die Herausforderung besteht darin, geeignete Zugangsmöglichkeiten zu schaffen, um besonders auch benachteiligte Zielgruppen zu erreichen.

Bürgerbeteiligung ist ein gemeinsamer Auftrag der gesamten Stadtgesellschaft und braucht das Engagement von allen: der Bürgerschaft, der Politik und der Verwaltung. Sie findet nicht im Dialog sondern immer im Trialog statt.



Beteiligungsprozesse vernetzen die Bürgerschaft mit der Politik und der Verwaltung

Die Beteiligung der Bürgerschaft kann in unterschiedlichen Dimensionen stattfinden, je nachdem, ob beispielsweise „nur“ informiert werden oder etwa zur Mitplanung und Mitgestaltung eingeladen werden soll (s. Kap. 3.4). Eine Entscheidung durch die gewählten Volksvertreter, die Stadträtinnen und Stadträte, kann sie jedoch nicht ersetzen.

Von Beteiligung sollte nur die Rede sein, wenn tatsächlich Entscheidungsspielraum besteht, was nicht heißt, dass auch dort, wo es keine Offenheit mehr gibt, nicht mit der Bürgerschaft gesprochen wird. In diesem Fall müssen jedoch andere Formate eingesetzt werden wie etwa Informationsveranstaltungen.

3.2 WAS IST DER UNTERSCHIED ZWISCHEN INFORMELLER UND FORMELLER BÜRGERBETEILIGUNG?

Bei der Bürgerbeteiligung kann zwischen formeller, das bedeutet in Gesetzen und Vorschriften festgesetzter und informeller, also freiwilliger, Bürgerbeteiligung unterschieden werden.

FORMELLE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN

Es ist keine neue Idee, die Bürgerschaft direkt an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Eine Reihe von Beteiligungsmöglichkeiten wurde für Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg vor 60 Jahren bei der Gründung des Bundeslandes in der Gemeindeverordnung (GemO BW) verankert.

Das Hauptinstrument in unserer repräsentativen Demokratie ist sicherlich das Wahlrecht (§ 14 GemO BW). Weitere in der GemO geregelte Beteiligungsinstrumente sind beispielsweise die Unterrichtung der Einwohner (§ 20), die Bürgerversammlung (§ 20a), der Bürgerantrag (§ 20b) und der Bürgerentscheid (§ 21).

Die Landesregierung strebt an, die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Gemeindeordnung zu vergrößern. Neben der Verlängerung von Beteiligungsfristen steht vor allem die Senkung von Quoren auf dem Prüfstein. Ein Quorum ist die notwendige Anzahl von Stimmen, die erreicht werden muss, damit eine Wahl oder eine Abstimmung Gültigkeit erlangt. Im Gespräch sind sowohl

die Senkung von Unterschriftenquoren für Bürgerbegehren als auch die von Zustimmungsquoren für Bürgerentscheide (AG Bürgermitwirkung des Städtetages Baden-Württemberg 2012: 11).

In der Bauleitplanung regelt das Baugesetzbuch (BauGB) die Öffentlichkeitsbeteiligung, die nach § 3 in zwei Phasen zu erfolgen hat: In der ersten Phase wird die Bürgerschaft über Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung unterrichtet. In einer zweiten Phase werden die Entwürfe der Bauleitplanung öffentlich ausgelegt. In beiden Phasen wird der Öffentlichkeit somit die Möglichkeit eingeräumt, sich zu den Planungen zu äußern und Anregungen vorzubringen. § 137 BauGB sieht darüber hinaus eine Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen bei Sanierungsmaßnahmen vor. Größere Planungsvorhaben, wie in Mannheim beispielsweise der Bau der Stadtbahn Nord, müssen ein Planfeststellungsverfahren durchlaufen. Wie die im Zuge dieses Verfahrens umfangreiche Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu erfolgen hat, regelt § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Baden-Württemberg (VwVfG BW).

Mannheimer Beispiele für formelle Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der GemO finden Sie im Anhang (B).

| | | |
|-----------------|-------|--|
| GemO BW | §14 | Wahlrecht |
| | § 20 | Unterrichtung der Einwohner |
| | § 20a | Bürgerversammlung |
| | § 20b | Bürgerantrag |
| | § 21 | Bürgerentscheid/Bürgerbegehren |
| BauGB | § 3 | Beteiligung der Öffentlichkeit |
| | § 137 | Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen |
| VwVfG BW | § 73 | Anhörung |

Übersicht über formelle Beteiligungsmöglichkeiten

Die von der Mannheimer Verwaltung angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten reichen weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Da der Spielraum für die gesetzlichen Verfahren in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen genau reglementiert ist und dort nachgelesen werden kann, bezieht sich die vorliegende Handreichung daher vor allem auf informelle Bürgerbeteiligung.



PROF. DR. KLAUS SELLE
auf einer Gemeinderats-
klausur am 11.2.2011 in
Mannheim

“

*Wenn man alle ins Boot
holen will, muss man viele
Boote bauen. Das heißt:
Man muss verschiedene
Methoden und Verfahren
sinnvoll in einer Kommuni-
kationsstrategie zusammen-
führen.*

INFORMELLE BÜRGERBETEILIGUNG

Bei der informellen, also freiwilligen Bürgerbeteiligung steht der Trialog zwischen der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft im Vordergrund. Bürgerinnen und Bürger diskutieren kommunalpolitische Themen gemeinsam mit Verwaltung und Politik und bringen ihre Ideen und Vorstellungen in die Planung mit ein.

Die Möglichkeiten der informellen Bürgerbeteiligung sind sehr vielfältig: Meist sind es einzelne Verfahren, die zeitlich befristet sind und sich auf konkrete Planungen beziehen, beispielsweise die Beteiligung bei der Neugestaltung und Neunutzung der Quadrate T4/T5 oder bei den Planungen zur Stadtbahn Nord.

Bürgerbeteiligung muss nicht immer „mitreden“ heißen, sondern kann auch „mitmachen“ bedeuten. Vor allem Kinder und Jugendliche können mit niederschwelligen, konkreten Gestaltungsprojekten, beispielsweise der Gestaltung des Internationalen Gartens in U5, für Beteiligungsprojekte gewonnen werden.

Ein sehr umfassender und breit angelegter Bürgerbeteiligungsprozess wurde 2011 im Rahmen der Konversion gestartet. Die Tatsache, dass innerhalb weniger Jahre 510 ha bislang militärisch genutzte Flächen frei werden und hierfür bedarfsorientierte und zukunftsfähige Neunutzungen gefunden werden müssen, stellt die Stadt vor eine einmalige Herausforderung. Erklärtes Ziel ist es, dass nicht nur die direkt betroffenen Anwohner, sondern alle Mannheimerinnen und Mannheimer zu Beteiligten werden. Der Trialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft wird beim Konversionsprozess von ehrenamtlichen Zukunftslotsen gestaltet und moderiert.

Darüber hinaus wurden und werden in Mannheim Strukturen geschaffen, um Bürgerbeteiligung zu institutionalisieren. Ein Beispiel hierfür ist die Konstituierung des Migrationsbeirates, der das offizielle Vertretungsorgan der Migrantinnen und Migranten gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat darstellt. Über den Migra-



tionsbeirat werden insbesondere auch die Teile der Bevölkerung vertreten, die ohne eine deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit bislang ohne Wahlrecht sind.

GEMEINSAMKEITEN FORMELLER UND INFORMELLER BÜRGER-BETEILIGUNG

Obwohl sich formelle und informelle Bürgerbeteiligung durch gesetzliche Regelungen unterscheiden, gibt es wichtige Gemeinsamkeiten. Sie können alle Beteiligten in der jeweiligen Sachfrage qualifizieren, sie können dabei Vertrauen schaffen - oder es zerstören. Es gibt Wechselwirkungen zwischen formeller und informeller Bürgermitwirkung und Übergänge von der einen Form in die andere sind durchaus möglich und oft sogar sinnvoll (AG Bürgermitwirkung des Städttetages Baden-Württemberg 2012: 33).

Die Verknüpfungen von formeller und informeller Beteiligung wird in Mannheim seit Jahren praktiziert, beispielsweise in der Stadtplanung, wo eine Beteiligung der Bürgerschaft vor dem formellen Bauleitplanungsverfahren erfolgt.

3.3 WARUM SOLLEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER BETEILIGT WERDEN?

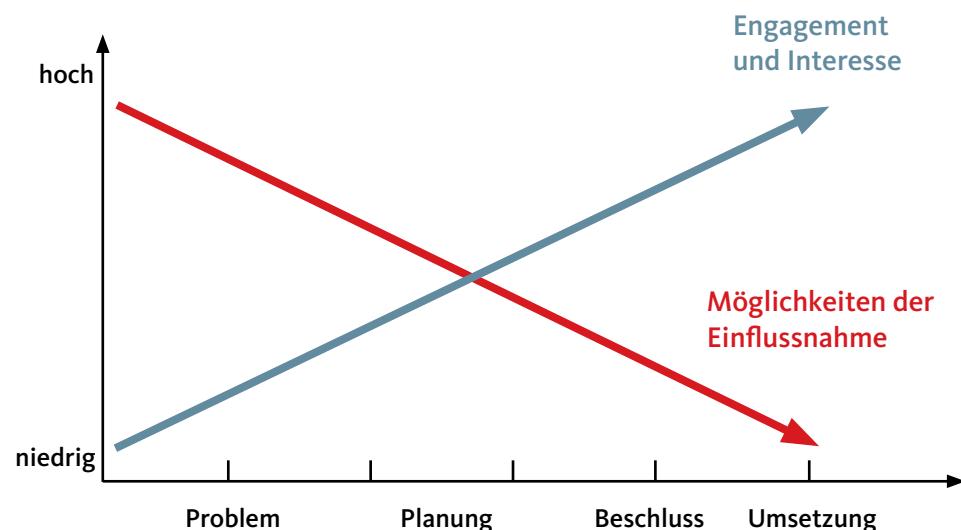
Viele Mannheimerinnen und Mannheimer engagieren sich in Vereinen, Initiativen und ehrenamtlichen Gruppen und immer mehr möchten „mitreden“. Diese Entwicklung entspricht einem bundesweiten Trend. Laut einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann Stiftung ist es 81% der Deutschen zu wenig, alle fünf Jahre wählen zu gehen. Die Befragten wünschen sich mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten. 60% der Befragten sind bereit, bei Bürgerbegehren, Diskussionsforen oder Workshops mitzuwirken (AG Bürgermitwirkung des Städttetages Baden-Württemberg 2012: 24).

Es ist Aufgabe und Selbstverständnis der Mannheimer Stadtverwaltung, diesem Bedürfnis ihrer Bürgerschaft nachzukommen. Die Stärkung der Bürgerorientierung ist Teil der kommunalen Strategie.

Ein wichtiges Motiv für Bürgerbeteiligung ist auch die Akzeptanz von Entscheidungen. Die Arbeitsgemeinschaft (AG) „Bürgermitwirkung“ des Städtetages Baden-Württemberg, in der auch Mannheim vertreten ist, ist sich einig: „Heutzutage reicht es nicht mehr aus, gute Entscheidungen zu treffen. Insbesondere bei Großprojekten müssen die Konsequenzen der Entscheidung in der Stadtgesellschaft eine breite Akzeptanz finden“ (ebd.: 18). An anderer Stelle heißt es: „Wer die Chance hat, an einem Entscheidungsprozess aktiv mitzuwirken, wird die letztendlich getroffene Entscheidung eher akzeptieren“ (ebd.: 13).

Ein weiterer entscheidender Effekt ist die Verbesserung der Qualität von Planungen und Entscheidungen durch die Kompetenz der Bürgerschaft. Bürgerbeteiligung führt durch die Kompetenz der Bürgerschaft zu einer Qualitätsverbesserung von Planungen und Entscheidungen. Darüber hinaus aktiviert sie zur Teilhabe an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen.

Desinteresse und Passivität gegenüber Politik entstehen oft durch fehlendes Wissen (ebd.: 12). Bürgerbeteiligung vergrößert die Informationsbasis und hilft, Planungen zielgenau an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten (ebd.: 24). Die Bürgerschaft muss so früh wie möglich informiert werden, um dem Beteiligungs- bzw. Parti-



Partizipationsparadox (Reinert, Adrian 2009: 38)

zipationsparadox entgegenzuwirken. Dieses besagt, dass das Engagement und Interesse von Menschen im Laufe eines Planungsprozesses steigen, während gleichzeitig ihre Einflussmöglichkeiten sinken.

Die Vorteile der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind vielfältig und stehen wenigen Nachteilen (s. Kap. 3.5) gegenüber:

BÜRGERBETEILIGUNG ...

- ... erweitert den Horizont
 - ... wertschätzt Bürgerinnen und Bürger (auch die, die von offiziellen demokratischen Prozessen ausgeschlossen sind)
 - ... schafft gegenseitiges Vertrauen
 - ... fördert die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft
 - ... kann Interessen ausgleichen
 - ... nutzt die Kompetenz aus der Bürgerschaft
 - ... verbessert die Qualität von Entscheidungen
 - ... eröffnet neue und kreative Lösungsperspektiven
 - ... fördert akzeptierte Lösungen
 - ... fördert die Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Stadt
 - ... entlastet den kommunalen Haushalt
 - ... schafft einen breiten Zugang zur Meinungsbildung
 - ... stärkt das Verantwortungsgefühl aller Beteiligten
 - ... stärkt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger
 - ... bildet alle Beteiligten
 - ... weckt das Interesse an politischer Teilhabe
 - ... fördert eine lebendige Demokratie
-

3.4 KÖNNEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER EIN BISSCHEN BETEILIGT WERDEN?

Reicht es aus, die Bürgerschaft über ein Vorhaben zu informieren? Sollen sie sich zum Vorhaben äußern oder gar mitentscheiden?

Wie stark Bürgerinnen und Bürger in einem Planungsprozess beteiligt werden können, kann stark variieren und muss vor der Planung des Prozesses berücksichtigt und festgelegt werden. Die AG „Bürgermitwirkung“ unterscheidet vier Intensitätsstufen (AG Bürgermitwirkung des Städtebautes Baden-Württemberg 2012: 62):

STUFE 1: INFORMIEREN/INFORMATION

z.B. auf den Bürgerinformationsveranstaltungen zu T4/T5

Der Schlüssel aller Bürgerbeteiligung ist die Information aller Beteiligten. Sie bildet die Grundlage dafür, dass alle „mitreden“ können. Dabei ist die Weitergabe von Informationen mehr als ein rein technischer Vorgang. Die Art und Weise, wie Information weitergegeben und vermittelt wird, prägt das Rollenverständnis im weiteren Prozess und ist Grundlage für Vertrauen und die daraus entstehenden Kooperationsmöglichkeiten.

STUFE 2: ANHÖREN/KONSULTATION

z.B. bei Bürgerumfragen oder der Online-Plattform im Konversionsprozess

Diese Stufe eröffnet der Bürgerschaft die Möglichkeit, aktiv Stellung zu beziehen und ihre Meinung zu äußern. Zu Beginn muss festgelegt werden, wie mit Äußerungen und Stellungnahmen verfahren wird. Grundsätzlich sollten Entscheidungsträger diese berücksichtigen - sie müssen es jedoch nicht.

STUFE 3: EINVERNEHMEN/BENEHMEN/MITGESTALTUNG

z.B. beim Planungsworkshop zum Skatepark

Hier können die Beteiligten an der Entscheidung aktiv mitwirken. In dieser Stufe berücksichtigen die Entscheidungsträger die Stellungnahmen und Meinungen und müssen sich im Entscheidungsprozess damit auseinandersetzen.

STUFE 4: ENTSCHEIDEN/KOOPERATION

z.B. Kooperation beim Runden Tisch Radverkehr

Bürgerinnen und Bürger können bei dieser stärksten Intensitätsstufe der Beteiligung aktiv mitbestimmen. Der Grad der Einflussnahme kann jedoch je nach Gegenstand der Entscheidung unterschiedlich groß sein.

Methodenbeispiele für formelle und informelle Bürgermitwirkung in den unterschiedlichen Intensitätsstufen finden Sie in der Anlage (C).



Intensitätsstufen der Bürgerbeteiligung (eigene Darstellung nach AG Bürgermitwirkung des Städttetags Baden-Württemberg 2012)

3.5 BÜRGERBETEILIGUNG ALS „WUNDERMITTEL“ FÜR JEDE PLANUNG UND JEDES PROBLEM?

Beteiligungsprozesse können ohne Zweifel sehr wesentlich zu einer verbesserten und nachvollziehbareren Entscheidungsfindung bei Projektvorhaben und Planungen beitragen. Selbstverständlich haben Beteiligungsprozesse auch Grenzen. Sie sind keine „Wundermittel“ (Strategiegruppe Partizipation 2012: 17). Was ist zum Beispiel, wenn sich die Betroffenen nicht beteiligen? Oder wenn Beteiligungsverfahren missbraucht werden, um Einzelinteressen zu forcieren?

Ein weiteres Problemfeld ist die Repräsentativität in Bürgerbeteiligungsverfahren. Die Erfahrung zeigt, dass sich im überwiegenden Maße bürgerliche Milieus beteiligen. So besteht die Gefahr, dass die Interessen von Randgruppen keine Berücksichtigung finden.

Allerdings kann eine professionelle Vorbereitung (s. Kap. 4), beispielsweise mit der richtigen Auswahl der Beteiligungsmethode oder der geeigneten Ansprache gewünschter Zielgruppen, sehr hilfreich sein, um frühzeitig „Stolpersteine“ aus dem Weg zu räumen.

Zwei Punkte, die nicht zu vernachlässigen sind und durchaus Grenzen aufzeigen können, sind die Kosten und der Personalbedarf. Bürgerbeteiligungsverfahren sind in der Regel mit einem erheblichen Ressourcenbedarf verbunden. Darum ist eine möglichst genaue Kalkulation im Vorfeld besonders wichtig.

Grundsätzlich muss abgewogen werden, welche Chancen und welche Risiken sich aus einem Beteiligungsprozess ergeben können. Bevor ein Verfahren initiiert wird, müssen die Konsequenzen mit bedacht und der Handlungsspielraum klar definiert sein.



3.6 BEI WELCHER PLANUNG KANN BÜRGERBETEILIGUNG UNTERSTÜTZEN?

ANONYMES ZITAT
aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

Ein Bürgerbeteiligungsverfahren als Alibi-Veranstaltung ohne echte Einflussmöglichkeiten ist kontraproduktiv und gefährlich.

Um diese Frage beantworten zu können, muss die Planung bzw. das Projekt von verschiedenen Seiten beleuchtet werden. Zentral ist zunächst sicherlich die Einschätzung, ob es sich um ein stadtteilorientiertes Projekt handelt, beispielsweise um die Gestaltung eines Stadtteilplatzes, oder um ein Projekt, Vorhaben oder Thema mit Auswirkungen für die ganze Stadt, wie bei der Großgruppenkonferenz zum Thema „Kinderbetreuung“ oder beim Konversionsprozess. Bürgerbeteiligung kann in beiden Fällen stattfinden, jedoch mit angepasster Methodik. Gleichzeitig muss individuell geprüft werden, welcher Handlungsspielraum vorliegt, denn nur bei ausreichendem Spielraum sollte eine Bürgerbeteiligung initiiert werden.

Im Fokus der Überlegungen stehen auch die Zielgruppen: Reicht eine Mitwirkung von wenigen oder ist es ein Thema, ein Vorhaben, das die Einbindung einer repräsentativen Vertretung der Bürgerschaft erfordert? Wie hoch ist das Mitsprachebedürfnis der Bürgerinnen und Bürger im vorliegenden Fall? Und wie komplex ist das Thema? Hat das Projekt eine bestimmte Vorgeschichte, durch die eine besondere Sensibilität erforderlich ist?

Letztendlich bleibt es auch in Mannheim eine individuelle Entscheidung von Fall zu Fall. Es muss nach der jeweiligen Ausgangssituation beurteilt werden, ob und in welche Form und Intensität Bürgerbeteiligung sinnvoll und daher zu praktizieren ist (AG Bürgermitwirkung des Städtetages Baden-Württemberg 2012: 10).

¹ Diese und die folgenden anonymen Zitate stammen aus der oben angeführten Befragung der Kolleginnen und Kollegen im April/Mai 2012.



KRITERIEN FÜR DIE INITIIERUNG VON BÜRGERBETEILIGUNGSPROZESSEN:

- Relevanz
- Handlungsspielraum
- Zielgruppe
- Mitsprachebedürfnis der Bürgerschaft
- Komplexität
- Brisanz

3.7 WER ENTSCHEIDET, OB EIN BÜRGERBETEILIGUNGSVERFAHREN STATTFINDET?

Ein informelles Bürgerbeteiligungsverfahren kann sowohl von der Politik, der Bürgerschaft, als auch von der Verwaltung angestoßen werden. Die Entscheidung, ob und in welcher Dimension Bürgerbeteiligung stattfindet, liegt bei Maßnahmen mit gesamtstädtischer Relevanz beim Gemeinderat.

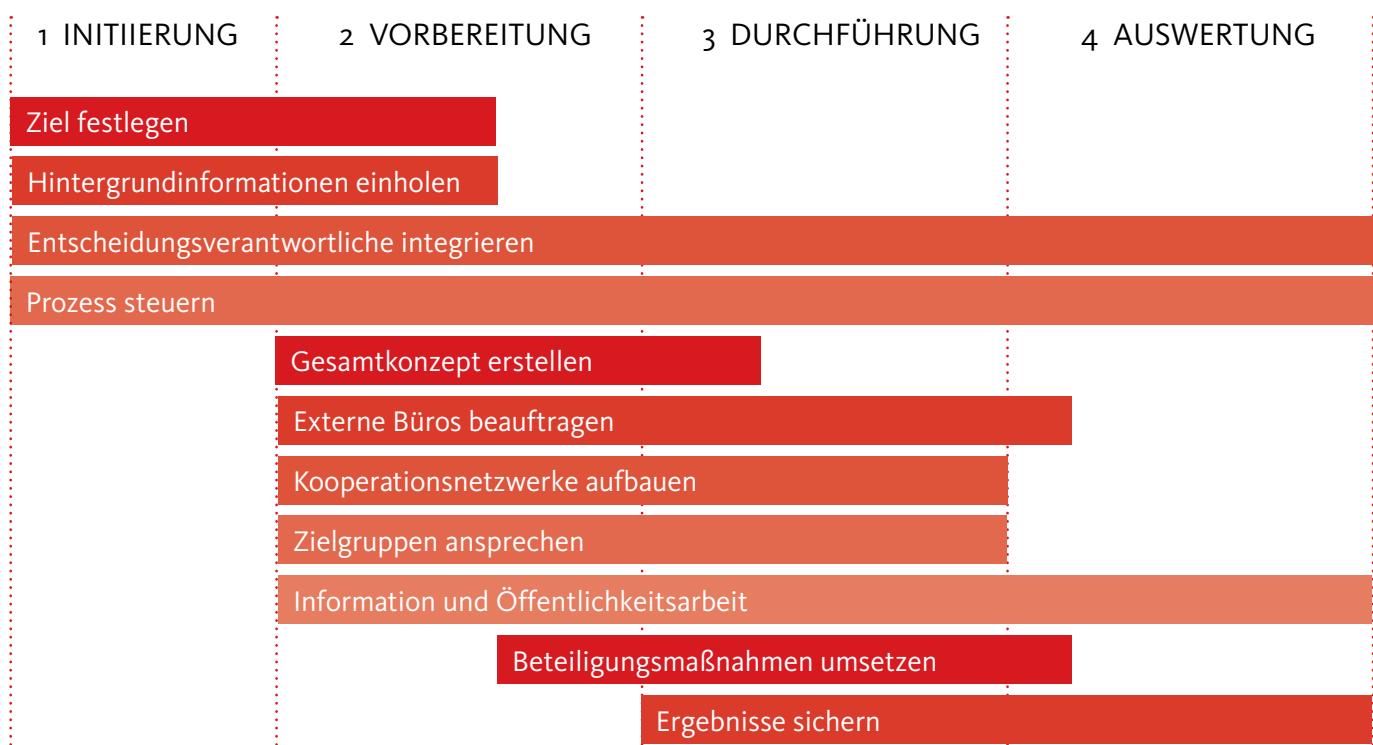
Bei stadtteilbezogenen Planungen oder Problemstellungen kann auch die Verwaltung die Entscheidung für eine Information oder Beteiligung der Bürgerschaft treffen. So entschied sich beispielsweise der Fachbereich 68 (Straßenbetrieb und Grünflächen) im Sommer 2012 für ein Straßengespräch in der Ifflandstraße, um dort mit Anwohnerinnen und Anwohnern über die Problematik der übelriechenden Ginkgobäume zu sprechen.

Unterliegt eine Planung einem Gesetz oder einer Verordnung, so ist die Durchführung der darin geforderten formellen Bürgerbeteiligungsverfahren in Gesetzen und Vorschriften geregelt. Die Verwaltung muss die Vorgaben entsprechend umsetzen, wobei durchaus die Möglichkeit besteht – und dies ist zum Beispiel beim Fachbereich 61 (Städtebau) gängige und bewährte Praxis –, die Bürgerschaft über das gesetzlich vorgegebene Maß hinaus einzubinden.



4 CHECKLISTE ZU BÜRGERBETEILIGUNGSVERFAHREN

Ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchläuft vier Phasen: Initiierung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung. Idealtypisch bauen alle Phasen aufeinander auf. In der Praxis müssen jedoch viele Dinge kontinuierlich und parallel bearbeitet werden. (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2011: 144).



Aufgaben in einem Partizipationsprozess (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2011: 145)

Die folgende Checkliste in Form eines strukturierten Fragenkataloges listet die wichtigsten Anhaltspunkte auf, die es zu bedenken gilt, wenn ein Projekt durchgeführt und dabei eine qualifizierte Beteiligung erreicht werden soll.

Eine Checkliste zum Ausfüllen finden Sie im Intranet.

4.1 INITIIERUNG: WIESO? WESHALB? WARUM?



PETER MYRCZIK

Fachbereichsleiter Rat,
Beteiligung und Wahlen

“

Die Mannheimer Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung zeigen: In unserer Stadt gibt es viele aktive „Mutbürger“. „Mutbürger“ sind Menschen, die die Themen offen, frühzeitig und verantwortungsvoll angehen – das ist unser Kooperationsmodell.

ANONYMES ZITAT
aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

Je früher die Bürgerbeteiligung ansetzt, desto größer sind der Handlungsspielraum und die Akzeptanz in der Bürgerschaft

Ein Bürgerbeteiligungsprozess wird initiiert, wenn eine Beteiligung gesetzlich vorgeschrieben ist, wenn die Verwaltung bei einer Planung eine Beteiligung für sinnvoll erachtet oder wenn sie von der Bürgerschaft eingefordert wird und die Verwaltung bzw. der Gemeinderat sich für einen Beteiligungsprozess entscheidet. Bereits in dieser Phase müssen Ziele klar definiert und Verantwortlichkeiten geklärt werden.

VORAB KLÄREN

- Um was geht es?
- Warum wird miteinander gesprochen?
- Welchen Handlungsspielraum gibt es?
- Welchen Einfluss soll der Beteiligungsprozess auf das Vorhaben nehmen?
- Kann/Sollte ein freiwilliges Mitwirkungsverfahren in ein formelles Verfahren eingebettet werden?
- Welche Relevanz hat das Vorhaben (gesamtstädtische oder stadtteilbezogene Bedeutung)?

ZIEL(E) DEFINIEREN

- Was soll mit der Bürgerbeteiligung erreicht werden?
- Welche Intensitätsstufe (Informieren, Anhören, Mitgestalten, Entscheiden) soll erreicht werden?
- Was ist das Hauptziel?
- Gibt es eventuell Nebenziele? Welche?

ÜBERGEORDNETE ZIELE BEACHTEN

- Welche strategischen Ziele der Verwaltung werden von dem Vorhaben berührt?
- Welche sonstigen Ziele (z.B. der Stadtentwicklung/Quartiersentwicklung) werden von dem Vorhaben tangiert?

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN ABSTECKEN

- Welche Beschlüsse, Vorgaben und Richtlinien betreffen das Vorhaben?
- Hat das Vorhaben eine Bedeutung für anstehende Wahltermine?

FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN KLÄREN

- Wie hoch sind die Kosten für die Bürgerbeteiligung (Personal, Raummiere, Honorare, Moderation, Technik, Catering, Öffentlichkeitsarbeit usw.)?
- Werden die Kosten für das Beteiligungsverfahren in die Gesamtkosten des Vorhabens mit eingerechnet oder gibt bzw. braucht es eine eigene Haushaltsstelle?

Bei der Kostenkalkulation (z.B. Auskunft über übliche Tagessätze für Moderatoren, Mietkosten für Stellwände) kann Ihnen das Team Bürgerschaft und Beteiligung behilflich sein.



ANDREA ANSLINGER
Fachgruppe Verwaltungs-
architektur 2013

“

*Bürgerinnen und Bürger
beteiligen sich in der Regel
nur, wenn sie persönlich von
einem Vorhaben betroffen
sind.*

POLITISCHE LEGITIMATION EINHOLEN

- Sind die politischen Ebenen über das Vorhaben ausreichend informiert und gibt es politische Unterstützung für das Vorhaben?
- Welche Ressourcen werden von den politischen Entscheidungsverantwortlichen zur Verfügung gestellt?
- Inwieweit werden die erarbeiteten Lösungen von der Politik berücksichtigt und umgesetzt?

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN BEACHTEN

- Welche Gesetze und Verordnungen sind relevant für das Vorhaben?

VERANTWORTLICHKEITEN KLÄREN

- Wer gibt den Auftrag für das Bürgerbeteiligungsverfahren?
- Wer hat die Federführung?
- Wer trifft welche Entscheidungen im Verfahren?

PERSONELLE RAHMENBEDINGUNGEN KLÄREN

- Wer ist in der Verwaltung mit der Durchführung der Bürgerbeteiligungsmaßnahme beschäftigt?
- Wie viele Arbeitsstunden werden in etwa veranschlagt?

ANONYMES ZITAT
aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

*Wer alte Bruchstellen einer
Stadt nicht kennt, wird mit
Bürgerbeteiligung scheitern.*

BESONDERHEITEN UND HISTORIE BEACHTEN

- Gibt es stadtteilspezifische Besonderheiten, die beachtet werden müssen?
- Gab es in der Vergangenheit Vorkommnisse, die es zu beachten gilt?

4.2 EINE GUTE VORBEREITUNG IST DIE HALBE MIETE



KIRSTEN BATZLER

Mannheim 2020, Projekt

Kulturhauptstadt

“

Bürgerbeteiligung und
Teilhabe bieten Menschen
die Möglichkeit, ihre Stadt
zu prägen. Die Herausfor-
derung besteht darin, die
Bürgerinnen und Bürger zu
motivieren, ihren Anspruch
auf Mitbestimmung auch zu
nutzen.

ANONYMES ZITAT

aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

”

Bürgerbeteiligung ist immer
ein Rollenspiel.

Eine professionelle und intensive Vorbereitung ist entscheidend, um eine gelungene Bürgerbeteiligung durchzuführen. Diese Phase nimmt im Verfahren den größten Zeitraum ein. So ist es nicht verwunderlich, dass es hier die meisten Fragen zu beantworten gibt.

GESAMTKONZEPT ERSTELLEN

- Wer erstellt das Gesamtkonzept für das Beteiligungsverfahren, in dem alle in dieser Checkliste angeführten Bereiche enthalten sind?
- Aus welchen Bausteinen und Kombinationen besteht die gesamte Bürgerbeteiligungsmaßnahme (z.B. Informationen im Internet, Informationsveranstaltungen, zielgruppenspezifische Arbeit)?
- Mit wem muss das Gesamtkonzept abgestimmt werden?

ZEITPUNKT KLÄREN

- Zu welchem Zeitpunkt im Projekt soll der Beteiligungsprozess stattfinden?

ZEITRAHMEN ABSTECKEN

- Wie sieht der konkrete Zeitplan aus?
- Welche Meilensteine können festgelegt werden?
- Wie lange dauern die Phasen zwischen den Meilensteinen?

ZEITPLAN VISUALISIEREN

- Wie kann der Zeitplan anschaulich dargestellt werden?

ROLLEN KLÄREN

- Welche Rollen gibt es im Beteiligungsprozess?
- Welche Rollen nehmen der Oberbürgermeister, die Bürgermeister, der Gemeinderat, der Bezirksbeirat, die Bürgerschaft, die Fachleute, die Verwaltung, die Moderierenden, die Prozessverantwortlichen, die Medien usw. ein?
- Wie werden die Rollen für alle Beteiligten geklärt und kommuniziert?

BEI BEDARF EXTERNE BÜROS BEAUFTRAGEN

- Welche Leistungen (Konzepterarbeitung, Moderation) kann ein externes Büro erbringen?

- Welche relevanten Informationen müssen für den externen Auftragnehmer zusammengestellt werden?

MODERATION KLÄREN

- Was ist bei der Moderatorenwahl zu beachten?
- Welche Vorteile kann eine externe Moderation bieten?
- Ist geklärt, ob eine externe Moderation hinzugezogen werden soll?

Das Team Bürgerschaft und Beteiligung gibt Ihnen gerne Auskunft über und Kontaktdaten von externen Planungs- und Moderationsbüros.



CLAUS PREISSLER

Beauftragter für Integration und Migration

”

Nicht wenige Mannheimerinnen und Mannheimer haben kein Wahlrecht oder können ihre Interessen und Belange wegen anderer Beteiligungshürden – zum Beispiel sprachlicher – nur eingeschränkt einbringen. Es muss uns gelingen, dass auch dieser Teil der Mannheimer Bevölkerung für Mitgestaltungsprozesse erreicht und darin eingebunden wird.

REPRÄSENTATIVITÄT PRÜFEN

- Soll die Beteiligung repräsentativ sein oder reicht die Beteiligung ausgewählter Zielgruppen?

DIE RELEVANTEN ZIELGRUPPEN FINDEN

- Durch welche soziale Struktur ist der Einzugsbereich des Vorhabens geprägt?
- Welche Zielgruppen sind von dem Vorhaben betroffen?
- Welche Interessengruppen, lokale Träger, Einrichtungen, Initiativen und Vereine gibt es im Einzugsbereich?
- Wer könnte im Laufe des Verfahrens positiv wirken?

ZIELGRUPPEN ANGEMESSEN ANSPRECHEN

- Mit welchen Anreizen und Rahmenbedingungen kann es gelingen, die gewünschten Zielgruppen zu beteiligen?
- Wie können Menschen aktiviert werden, die selten oder nie Gehör finden?
- Welche lokalen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können bei der Ansprache der Zielgruppen helfen?
- Gibt es kulturelle Besonderheiten von bestimmten Zielgruppen, die berücksichtigt werden müssen?
- Sind die Informationen für alle Zielgruppen verständlich?

Das Team Bürgerschaft und Beteiligung kann Ihnen behilflich sein, milieuspezifische Anschreiben zu formulieren.



JUTTA HINZ

Medienteam

“

Bürgerbeteiligungsverfahren können zu besseren Ergebnissen und einer höheren Akzeptanz von Prozessen und Projekten in der Stadtgesellschaft führen. Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist deshalb eines der sieben strategischen Ziele der Stadt.

- Welche Möglichkeiten gibt es, an Adressen von Zielgruppen zu kommen?

Die aktuellen Adressen der Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte erhalten Sie über den Fachbereich 15 (Abteilung Rat und Bezirksbeiräte).

Anwohner-Adressen (z.B. straßenweise) können Sie über die IT-Abteilung des Fachbereichs 33 in Form einer Excel-Liste erhalten.

(Email: „33 IT-Koordination“)

Adressen von Stadtteilakteuren erhalten Sie bei den Bezirksbürgerdienstleistungen.

KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE FESTLEGEN

- Wie wird intern in der Verwaltung kommuniziert?
- Wie wird nach außen kommuniziert?
- Welche Bedeutung hat die Öffentlichkeitsarbeit im Verfahren?
- Wie und wann soll die Öffentlichkeit informiert werden?
- Wie werden die Zwischenergebnisse kommuniziert?
- Welche Möglichkeiten wurden geschaffen, damit von außen nach innen kommuniziert werden kann (z.B. Foren, E-Mail-Adressen)?

Die Kolleginnen und Kollegen des Medienteams können Ihnen Hinweise und Tipps zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geben.

GEEIGNETE BETEILIGUNGSMETHODE(N) FINDEN

- Welche Beteiligungsmethode eignet sich für das Thema und die Zielgruppe?
- Bietet es sich an, unterschiedliche Beteiligungsmethoden zu kombinieren?

In Kapitel 5 sind bewährte Beteiligungsmethoden jeweils mit einem Mannheimer Beispiel aufgeführt.

Einen Überblick über diese und weitere Methoden findet sich im Anhang (D).

ANONYMES ZITAT

aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

Beteiligungsprozesse werden von der Bürgerschaft oft falsch verstanden.

MÖGLICHE KONFLIKTE BEREITS IM VORFELD VERMEIDEN

- Wer könnte mit dem Vorhaben nicht einverstanden sein?
- Mit welchen Störungen ist im Laufe des Verfahrens zu rechnen?
- Wie soll mit Konflikten umgegangen werden?
- Wer wird im Konfliktfall zwischen den Beteiligten vermitteln?

GEEIGNETE RÄUMLICHKEITEN FINDEN

- Mit wie vielen Leuten rechnen Sie?
- Welcher Raum entspricht dem Anlass, der zu erwartenden Teilnehmerzahl und der Methode?

Eine Übersicht über repräsentative Räumlichkeiten in der Stadt finden Sie im Intranet.

Informationen über geeignete Räumlichkeiten in den Stadtteilen erhalten Sie bei den Bezirksbürgerdienstleitungen.

- Ist der Veranstaltungsraum barrierefrei zugänglich?

Bei Fragen rund um die Barrierefreiheit können Sie sich an die Kolleginnen und Kollegen der Gesamtschwerbehindertenvertretung wenden.

Die praxisorientierte Checkliste „Barrierefreie Veranstaltung“ des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen finden Sie im Intranet.

- Ist der Veranstaltungsraum mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut und barrierefrei zu erreichen?
- Gibt es kostenlose bzw. kostengünstige Parkmöglichkeiten?



PATRICIA MUNTERDE

Abteilungsleiterin

Bürgerdienste

”

Unsere Bezirksbürgerdienstleitungen verfügen über fundiertes Stadtteilwissen – bitte fragen Sie bei Stadtteilangelegenheiten nach.

PASSENDE UHRZEIT UND DAUER WÄHLEN

- Um welche Uhrzeit werden die gewünschten Zielgruppen am besten erreicht?
- Wie lange soll die Veranstaltung dauern?

ANFORDERUNGEN VON BESONDEREN ZIELGRUPPEN BERÜCKSICHTIGEN

- Gibt es besondere Anforderungen von Zielgruppen, die berücksichtigt werden müssen, z.B. Kinderbetreuung, Dolmetscher?

NÖTIGE TECHNIK ORGANISIEREN

- Welche Technik (Pinnwände, Moderationskoffer, Tontechnik) wird im Laufe des Verfahrens benötigt?
- Wer organisiert die Technik?
- Wer kann unterstützen?



ROBERT ERASMY
Teamleiter Bürgerschaft
und Beteiligung

“

Bürgerbeteiligung ist so stark und lebendig wie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger – wichtig ist, die richtige Ansprache zu finden.

Eine Übersicht über externe Dienstleister im Bereich Veranstaltungsmanagement finden Sie im Intranet

VERPFLEGUNG ORGANISIEREN

- In welchem Umfang braucht die Veranstaltung ein Catering? (Länge der Veranstaltung, Jahres- und Tageszeit)
- Sollte/Muss kulturspezifisches Essen angeboten werden?
- Können Kooperationspartner/Zielgruppen bei der Verpflegung eingebunden werden?

Eine Übersicht über externe Dienstleister im Bereich Catering finden Sie im Intranet.

ANONYMES ZITAT
aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

Von Bürgerseite können wichtige Ideen und Hinweise kommen.

4.3 DURCHFÜHRUNG: ENDLICH GEHT'S LOS!

Transparenz, Offenheit, Klarheit und Fairness sind wichtige Schlagworte in dieser Phase. Idealerweise begegnen sich während des Prozesses alle Beteiligten auf Augenhöhe und verständigen sich auf Umgangsregeln. Bei Bedarf können Regeln im Laufe des Verfahrens weiterentwickelt werden. Sie sollten jedoch nicht immer wieder in Frage gestellt werden.

Um allen interessierten Menschen eine Beteiligung zu ermöglichen, ist unbedingt auf Barrierefreiheit zu achten. Diese beschränkt sich nicht nur auf rollstuhlgeeignete Räumlichkeiten, sondern beinhaltet auch eine verständliche (Umgangs-)Sprache und Präsentationen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip (d.h. mindestens zwei der drei Sinne (sehen, hören, tasten) müssen angesprochen werden).



HEINRICH SCHAUDT
Gesamtschwerbehinder-
tenvertretung

”

*Bei Bürgerbeteiligungsver-
fahren sind die Rechte von
Menschen mit Behinderung
zu gewährleisten, wie sie
in der UN-Behinderten-
rechtskonvention (Artikel
29 „Teilhabe am politischen
und öffentlichen Leben“)
beschrieben sind.*

VERANSTALTUNG BARRIEREFREI DURCHFÜHREN

- Inwieweit wird gewährleistet, dass alle Menschen am Beteiligungsprozess in ausreichendem Maße teilhaben können?
- Sind alle Informationen barrierefrei zugänglich?
- Ist sichergestellt, dass das Zwei-Sinne-Prinzip angewendet wird?
- Ist die Sprache klar und verständlich (z.B. einfach, möglichst ohne Fremdworte)

TRANSPARENZ HERSTELLEN

- Kennen alle Beteiligten Gegenstand und Ziel des Beteiligungsprozesses?
- Ist allen Beteiligten klar, worin Ihr Entscheidungsspielraum liegt?
- Welche Hintergrundinformationen können Sie den Beteiligten zur Verfügung stellen?
- Kennen alle Beteiligten ihre Rollen?
- Sind alle Beteiligten darüber informiert, was mit den Ergebnissen des Verfahrens geschehen wird und welche Verbindlichkeit diese haben?

SPIELREGELN KLÄREN

- Welche Spielregeln (z.B. Umgangs- und Kommunikationsregeln, Umgang mit Konflikten) werden zwischen den Beteiligten festgelegt?
- Wie werden alle Beteiligten über die Einfluss- und Aktionsmöglichkeiten im Verfahren informiert?



CLAUDIA MÖLLER

Büro der Frauen-

beauftragten



Bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist darauf zu achten, dass Frauen und Männer in gleichem Maße angesprochen werden. Dabei spielen Überlegungen zu den Veranstaltungszeiten und den Rahmenbedingungen, beispielsweise Kinderbetreuung vor Ort, eine wichtige Rolle. Das Podium sollte geschlechterausgewogen besetzt werden.

Beispiele für Spielregeln finden Sie im Intranet.

PROZESS STEUERN

- Wer steuert den Prozess im Laufe des Verfahrens?
- Wird das Verfahren kontinuierlich reflektiert und auf das Ziel abgestimmt?

INFORMATIONSSFLUSS GEWÄHRLEISTEN

- Wie wird der Informationsfluss zwischen den Betroffenen, den Fachbereichen und der Politik organisiert?

WÄHREND DES VERFAHRENS IN DER VERWALTUNG ZUSAMMENARBEITEN

- In welcher Form finden während des Verfahrens Abstimmungsgespräche innerhalb der Verwaltung statt?

KONTAKTPERSON BESTIMMEN

- Wer ist Ansprechpartner/in der Verwaltung für die Politik und die Bürgerschaft?

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM PROZESS STEUERN

- Inwieweit ist öffentliche Aufmerksamkeit erwünscht?
- Wer ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit?

4.4 AUSWERTUNG: UND WIE GEHT'S WEITER?

Nach der Durchführung des Prozesses muss dieser evaluiert werden. Neben der Ergebnissicherung gehört hierzu die Prozess- und Ergebnisauswertung. Darüber hinaus müssen Überlegungen dazu angestellt werden, welche Ergebnisse zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden bzw. Berücksichtigung finden und wie dies kommuniziert wird.



SUSANNE METZ

Abteilungsleiterin

Stadtentwicklung

”

Bürgerbeteiligung lebt von transparenten Verfahren: In der Stadtentwicklung haben wir gute Erfahrungen mit unterschiedlichsten Beteiligungsverfahren und Aufgabenstellungen gemacht. Das Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI) und die Freizeitanlage Werftstraße zeigen, dass Verwaltung und Bürgerschaft vom großräumigen Planungskonzept bis zum mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam gebauten Spielplatz qualitätvolle und anerkannte Ergebnisse erzielen kann.

ERGEBNISSE FESTHALTEN

- Wie werden die Ergebnisse dokumentiert?
- Von wem werden die Ergebnisse dokumentiert?
- Wurde mit den Beteiligten Konsens über die Ergebnisse hergestellt, um Missverständnisse zu vermeiden?

ERGEBNISSE PRÄSENTIEREN

- Wie werden die Ergebnisse präsentiert?
- Von wem werden die Ergebnisse präsentiert?
- Werden die Entscheidungen verständlich begründet?

ERGEBNISSE AUSWERTEN

- In welcher Form findet die Auswertung der Ergebnisse statt?
- Was passiert mit den Ergebnissen aus der Bürgerbeteiligung?

ERGEBNISSE UMSETZEN

- Wer entscheidet über die Umsetzung von Ergebnissen?
- Welche Ergebnisse werden umgesetzt?
- Wie werden die am Prozess Beteiligten und die Bürgerschaft über die Umsetzung informiert?

ÜBERPRÜFUNG DES ZIELS

- Inwiefern wurden die Ziele des Beteiligungsprozesses erreicht?
- Akteure würdigen und anerkennen
- In welcher Art und Weise können die Beteiligten, die sich unentgeltlich beteiligt haben, gewürdigt werden?



MANUELA BAKER-KRIEBEL

Beauftragte für Bürger-
schaftliches Engagement

“

Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftliches Engagement sind nicht voneinander zu trennen, denn wer sich bürgerschaftlich engagiert, beteiligt sich häufig auch an Prozessen im Stadtteil und in der Stadtgesellschaft und setzt die Ergebnisse aus den Beteiligungsprozessen praktisch um.

Das ist Bürgerschaftliches Engagement und verdient Anerkennung.

AKTEURE WÜRDIGEN UND ANERKENNEN

- In welcher Art und Weise können die Beteiligten, die sich unentgeltlich beteiligt haben, gewürdigt werden?

Ideen und Anregungen für die Anerkennung von Ehrenamtlichen erhalten Sie bei der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement.

AKTEURE ÜBER DEN PROZESS HINAUS BETEILIGEN

- Können bzw. sollen einzelne Personen weiterhin als lokale Expertinnen/Experten bei der Umsetzung der Ergebnisse einbezogen werden?

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE KLÄREN

- Welches sind die nächsten Schritte?

PROZESS DOKUMENTIEREN

- Inwieweit kann der Beteiligungsprozess (inklusive Zeitachse) dokumentiert werden?

ERFAHRUNGEN NUTZEN

- Inwiefern können Erfahrungen aus diesem Prozess für folgende Verfahren hilfreich sein?

Haben Sie die vielen Fragen verunsichert? Oder sind noch 1000 neue dazugekommen? Ein Blick in das Programm des Fachbereichs Kompetenzzentrum Managemententwicklung (17) lohnt sich immer: Fortbildungen zu den Themen Projektmanagement, Kommunikationstraining und interkultureller Kommunikation sind nur drei von vielen maßgeschneiderten Angeboten.

ANONYMES ZITAT

aus der Befragung von
Kolleginnen und Kollegen

“

Und es war trotzdem schön.

4.5 ALLES KLAR?

Wenn die Fragen aus der Checkliste geklärt und die vorgeschlagenen Tipps beachtet wurden, steht einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung nichts mehr im Wege.

Anhand dieser letzten Liste kann noch einmal überprüft werden, ob die wichtigsten Informationen und Kenntnisse zur Initiierung eines Bürgerbeteiligungsprozesses vorhanden sind. Wie lautete die Frage noch einmal? Ach ja:

WAS MUSS ICH TUN, DAMIT MÖGLICHST WENIGE MENSCHEN ZUM BÜRGER-BETEILIGUNGSPROZESS KOMMEN UND DASS DIE, DIE KOMMEN, MÖGLICHST SCHNELL WIEDER GEHEN?

- Wir wählen einen Termin, an dem die deutsche Nationalmannschaft ein Länderspiel gegen die Niederlande bestreitet.
- Wir wollen berufstätige Mütter und laden für morgens 10 Uhr ein.
- Wir schauen, dass es rund um den Veranstaltungsort keine Parkplätze gibt und die Örtlichkeit nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann.
- Der Veranstaltungsort ist im 8. Stock und nur über eine steile Wendeltreppe zu erreichen.
- Falsche Gerüchte werden noch vor der Veranstaltung gezielt platziert.
- Für die PowerPoint-Präsentation wählen wir eine kleine Schrift, damit wir möglichst viel auf eine Folie packen können.
- Wir verkomplizieren die Sachverhalte und sprechen Fachchinesisch, damit wir unsere Fehler besser vertuschen können.
- Wir sorgen für schlechte Luft, lauwarme Soft-Getränke und kalten Kaffee.
- Wir lassen keinen ausreden.
- Wir kündigen an, dass es keine Dokumentation zur Veranstaltung geben wird, da die Ergebnisse ja sowieso nicht berücksichtigt werden.
- Da es keine Rückmeldungen gibt, brauchen wir auch keine Teilnehmerliste.



5 BEWÄHRTE BETEILIGUNGSMETHODEN UND MANNHEIMER BEISPIELE

Die Wahl der Beteiligungsmethode hängt vom Ziel der Beteiligung und von der Dimension der Planung oder des Themas ab.



Zukunftsworkstätten, Bürgerforen, Open Space oder World Café: Die Menge geeigneter Beteiligungsmethoden ist sehr groß und unübersichtlich. Im Folgenden werden exemplarisch einige Methoden vorgestellt, die in Mannheim bereits mit Erfolg angewendet wurden.

Die Erfahrung zeigt, dass eine strikte Befolgung der „reinen Lehre“ nicht immer sinnvoll und praktikabel ist. Oft bietet es sich an, Methoden zu kombinieren, beispielsweise ein World Café im Anschluss an eine Bürgerinformationsveranstaltung. Diese Handreichung möchte Mut machen zum Methodenmix. Dieser hat sich bewährt - nicht nur in Mannheim.

Die zusammenstellende Übersicht über diese und weitere Methoden findet sich im Anhang (D).

EINE LANZE BRECHEN FÜR EINE EXTERNE MODERATION

Da die Verwaltung die Aufgabe hat, die Beschlüsse der kommunalen Gremien umzusetzen, hat sie auch eigene Interessen und kann keine völlig neutrale und vermittelnde Position im Beteiligungsprozess einnehmen. Wichtig ist daher, die Rolle der Verwaltung genau zu klären und - wenn möglich - externe Moderatoren hinzu zu ziehen, die die Veranstaltungen moderieren (Isselmann/Stock 2005: 91).

Das Team Bürgerschaft und Beteiligung gibt Ihnen gerne Auskunft über und Kontaktdaten von externen Planungs- und Moderationsbüros.

CLAUDIA PETROVIC

Geschäftsstelle

Konversion

”

Mannheim geht bei der Konversion neue Wege in der Bürgerbeteiligung - neben der klassischen Planungsbeteiligung findet hier ein umfassender Beteiligungsprozess mit dem Mitwirkungsangebot an die gesamte Bürgerschaft statt. Wir unterstützen damit eine höhere Transparenz und eine stärkere Identifikation mit der eigenen Stadt.



Erster Bürgermeister Christian Specht erläutert die Planungen



Begutachtung der Siegerentwürfe

5.1 BÜRGERINFORMATIONSVERANSTALTUNG*



| | |
|----------|--|
| WAS | Veranstaltung, zu der alle Betroffenen eines Vorhabens eingeladen werden, um über ein bestimmtes Thema informiert zu werden; bietet Diskussionsplattform für die Anliegen und Probleme der anwesenden Bürgerinnen und Bürger |
| FÜR WEN | Flexibel, beliebig |
| STÄRKEN | Gut geeignet, um erstmalig mit einem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen oder einen aktuellen Sachstand an viele Menschen zu kommunizieren |
| GRENZEN | Begrenzter Raum für Diskussion; gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen nicht möglich |
| ERGEBNIS | Diskussionsergebnisse werden festgehalten |
| DAUER | Maximal 3 Stunden |

BÜRGERINFORMATIONSVERANSTALTUNGEN IN MANNHEIM BEI DER NEUGESTALTUNG UND NEUNUTZUNG DER QUADRATEN T4/T5

Nach der Entscheidung, die Sickinger Schule in den Quadranten T4/T5 abzureißen, wurde 2011 ein breit angelegter Dialogprozess mit der Bürgerschaft eingeleitet. Die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner zur Gestaltung und Nutzung des Areals wurden aufgenommen und flossen in den städtebaulichen Wettbewerb mit ein. In der Jury, die den Wettbewerb begleitete und im Frühjahr 2012 drei Siegerentwürfe kürte, saßen erstmalig zwei Vertreter der Bürgerschaft.

Bei bisher insgesamt fünf Bürgerinformationsveranstaltungen in der früheren Turnhalle des Areals wurde die Anwohnerschaft umfassend über die Planungen, den Wettbewerb und die Siegerentwürfe informiert.



Podiumsdiskussion



Einige der 1000 Ideen werden niedergeschrieben

5.2 BÜRGERFORUM*

| | | |
|----------|--|--|
| WAS | Prozess mit vier Phasen: Vorbereitung, Auftaktveranstaltung, Online-Phase und Abschlussveranstaltung; Online-Phase soll die vertiefte Diskussion der offenen Fragestellungen ermöglichen | |
| FÜR WEN | Für Großgruppen (300 bis 400 Personen) | |
| STÄRKEN | Gute Möglichkeit, große Gruppen aktiv zu beteiligen | |
| GRENZEN | Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen über das notwendige Know-how verfügen, um an der Online-Phase teilzunehmen | |
| ERGEBNIS | Einholen eines belastbaren Meinungsbildes, Konsultation | |
| DAUER | 6 bis 8 Wochen | |

BÜRGERFORUM IN MANNHEIM BEIM KONVERSIONSPROZESS

Unter dem Motto „1000 Ideen für die Konversion in Mannheim“ war die Bürgerschaft von April bis September 2011 aufgerufen, der Stadtverwaltung ihre Ideen und Vorschläge zur Umwandlung der militärisch genutzten Flächen mitzuteilen. Die eingereichten Vorschläge wurden im Oktober 2011 in einem ersten Bürgerforum weiter bearbeitet, priorisiert und zusammengefasst. Fünf Gruppen, die von ehrenamtlichen Zukunftslotsen aus der Bürgerschaft geleitet wurden, arbeiteten dabei zu unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten.

Zuvor hatten Expertinnen und Experten aus der Verwaltung zu Beginn der vierstündigen Veranstaltung eine Einführung in die aktuellen Positionen gegeben. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden im Weißbuch Konversion festgehalten, das der Gemeinderat im Frühjahr 2012 verabschiedete.

Im Rahmen der Konversion sind weitere Bürgerforen geplant.

* AG Bürgermitwirkung des Städgetages Baden-Württemberg 2012: 70.



Schülerinnen und Schüler planen in der Mozartschule

5.3 KOOPERATIVE PLANUNG*



| | |
|----------|--|
| WAS | Nach den Grundsätzen der Lokalen Agenda 21 arbeitendes Konzept, das als elementare Maxime die Vernetzung aller gesellschaftlichen Gruppen beinhaltet; grundlegend ist die frühzeitige Einbindung der Bürger, deren spezifisches Wissen gleichberechtigt mit empirischen Daten in die Arbeit der lokalen Planungsgruppe eingeht |
| FÜR WEN | Am besten alle Betroffenen |
| STÄRKEN | Potenzielle Interessenskonflikte im Vorfeld lösen |
| GRENZEN | Letztentscheidung liegt bei politisch Verantwortlichen; Kooperative Planung muss durch eine effektive lokale Planungsgruppe begleitet werden |
| ERGEBNIS | Durch Aufbau von verlässlichen Strukturen Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in langfristige Planungsprozesse möglich |
| DAUER | Mehrere Wochen bis Monate |

KOOPERATIVE PLANUNG IN MANNHEIM BEI DER SPIELLEITPLANUNG

Die Spielleitplanung ist ein beteiligungsorientiertes Verfahren und strategisches Planungsinstrument zur Erhaltung und Verbesserung des Lebens- und Wohnumfeldes von Kinder und Jugendlichen. Zentraler Bestandteil der Spielleitplanung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsschritten zum Thema „Spielraum“. Die Kinder und Jugendliche werden u.a. als Stadtteildetektive tätig, um Potenziale zu erkennen und mitzuteilen.

Als Pilotprojekt dieser Planungsmethode wurde der Spielleitplan Innenstadt/Östliche Unterstadt richtungsweisend für die Fachplanung Spielflächen in Mannheim implementiert.



Gespräche in den Pausen



Volles Haus im Stadthaus

5.4 GROSSGRUPPENKONFERENZ*

| | | |
|----------|--|---|
| WAS | Der Informations- und Kommunikationsbedarf von Betroffenen wird aufgegriffen; der Blick der Teilnehmenden soll dabei „über den Tellerrand hinaus“ auf die gemeinsamen Aufgaben der Stadt gelenkt werden; Transparenz von Entscheidungen kann durch Informationen von Expertinnen und Experten hergestellt werden |  |
| FÜR WEN | Flexibel, mehrere hundert Personen |  |
| STÄRKEN | Breite Wissensvermittlung; gemeinsame Strategieerarbeitung | |
| GRENZEN | Es können zwar Strategien entwickelt werden, die konkrete Planung einzelner Projekte ist aber nicht möglich | |
| ERGEBNIS | Gemeinsame Strategie, Informationsaustausch, Kommunikation, Dokumentation der Ergebnisse | |
| DAUER | Ca. 1 Tag | |

GROSSGRUPPENKONFERENZ ZUM THEMA „KINDERBETREUUNG“

Anfang Dezember 2011 fand im Stadthaus eine Großgruppenkonferenz zum Thema Kinderbetreuung statt

In der Vorbereitungszeit wurden Interviews mit Eltern, Praktikern und Experten geführt, um wichtige Themen zu identifizieren. Der erste Teil diente dem Wissens- und Informationsaustausch und der Arbeit in Gruppen, in denen an unterschiedlichen Fragestellungen gearbeitet wurde. Im zweiten Teil ergänzten Interessensvertreter aus Politik, Vereinen, Wirtschaft etc. die Runde.

Die Anwesenden hatten die Möglichkeit, sich aktiv mit Ideen, Hinweisen und Erfahrungen einzubringen und den „Mannheimer Weg“ mitzugestalten. Einige Empfehlungen der Eltern wurden bereits umgesetzt, beispielsweise die Einrichtung einer Informationsstelle zur Kinderbetreuung und das Angebot einer neuen praxisorientierten Ausbildung im Erziehungswesen.



Jugendliche auf dem ausgewählten Standort



Der Plan

5.5 PLANUNGSWORKSHOP*



| | |
|----------|--|
| WAS | Der Planungsworkshop basiert auf bereits vorhandenen Nutzungsideen, z.B. auf den Ergebnissen einer Ideenwerkstatt; vorab entwickelten Ideen stehen im Laufe eines Planungsworkshops zur Diskussion, werden dort weiterentwickelt und räumlich im Planungsgebiet verortet; Arbeitsergebnisse können als Grundlage in weitere Entscheidungsprozesse einfließen |
| FÜR WEN | Flexibel |
| STÄRKEN | Weiterentwicklung von Planungsideen |
| GRENZEN | Es muss bereits eine konkrete Fragestellung vorliegen |
| ERGEBNIS | Aus den gesammelten Ideen wird ein Planungsvorschlag erstellt, der auf Realisierbarkeit überprüft werden kann |
| DAUER | 1 Tag Workshop |

PLANUNGSWORKSHOP SKATEPARK SCHÖNAU

Eine Kinder- und Jugendversammlung im Scharhof 2009 war die Initialzündung für den Bau eines Skateparks in Schönaу. Mit Unterstützung der Kinderbeauftragten, des Jugendhauses Schönaу und dem Quartierbüro der Caritas verfolgten über 80 Kinder und Jugendliche seither dieses Ziel und gründeten eigens dafür die Initiative „Skater aus Mannheim“ (SAM). SAM suchte und fand Unterstützer in Politik und Wirtschaft und drehte sogar einen eigenen Werbefilm.

Die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen wurden in zwei Planungsworkshops gesammelt, diskutiert und in die Planung eingearbeitet. Die Arbeit hat sich gelohnt: Ende 2011 bewilligte der Gemeinderat die Haushaltmittel zum Bau des Skatelparks.

* Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
2011: 329.



*Gemeinsame Exkursion des Runden Tischs
„Radverkehr“ mit Verkehrsminister Winfried
Hermann und Verkehrsdezernent Lothar
Quast im August 2011*

5.6 RUNDER TISCH*

| | | |
|----------|--|---|
| WAS | Teilnehmerinnen und Teilnehmer sitzen auf gleicher Augenhöhe am Tisch, um miteinander oder mit Stadtverantwortlichen Lösungsstrategien zu erarbeiten; Personen aller betroffenen Interessen sind am Runden Tisch anwesend; alle haben dieselben Rechte und Pflichten |   |
| FÜR WEN | Für bis zu 15, in manchen Fällen bis zu 30 Personen | |
| STÄRKEN | Um Konflikte zu lösen oder bei Meinungsverschiedenheiten Konsens zu finden; fördert die sachliche Auseinandersetzung aller Betroffenen; Pattsituationen können überwunden werden | |
| GRENZEN | Die Teilnehmenden müssen zu Verhandlungen bereit sein; nur sinnvoll, wenn ein Machtgleichgewicht zwischen allen Beteiligten hergestellt werden kann; bei manifestierten Konflikten kann Konsensfindung lange dauern | |
| ERGEBNIS | Die Bedürfnisse und Interessen der Teilnehmenden werden sichtbar und eine konstruktive Gesprächsbasis wird hergestellt; es können stabile, gemeinsam getragene und umsetzbare Lösungen gefunden werden | |
| DAUER | Kurzzeitig bis längerfristig | |

EXKURSION DES RUNDEN TISCHS „RADVERKEHR“

Der Runde Tisch „Radverkehr“ besteht aus Mitgliedern von Politik, Verwaltung und den wichtigsten Nutzerverbänden im Verkehrssektor. Hierzu zählen als wichtige Netzwerkpartner auch bürgerschaftliche Gruppen und Verbände wie der ADFC, der VDC Rhein Neckar, der BUND und die AG Barrierefreiheit. Anstehende Gemeinderatsbeschlüsse werden beim Runden Tisch gemeinsam vorberaten und diskutiert. Der Runde Tisch „Radverkehr“ kommt seit 2010 zusammen und ist Bestandteil des 21-Punkte-Programms für mehr Radverkehr.

* Amt der Vorarlberger Landesregierung 2010: 42.



Jugendliche feilen an ihren Plänen ...



... und stellen ihre Ergebnisse vor

5.7 ZUKUNFTSWERKSTATT*



| | |
|----------|--|
| WAS | Bürgerinnen und Bürger entwickeln in kreativer, spielerischer Atmosphäre fantasievolle und ungewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragen; zunächst Kritik-, danach Fantasie- und anschließend Realisierungsphase, in der überprüft wird, welche Lösungen verwirklicht werden können |
| FÜR WEN | Für kleinere und auch für große Gruppen; gearbeitet wird in mehreren Kleingruppen; für alle Bürgerinnen und Bürger, auch für neu Zugezogene und noch wenig Aktive; ganz besonders auch für Kinder und Jugendliche |
| STÄRKEN | Bietet Platz sowohl für Kritik als auch für Lösungen. Die spielerische Atmosphäre regt die Fantasie an und erleichtert allen die Beteiligung |
| GRENZEN | Wenn viele kreative Ideen direkt verworfen werden müssen, weil sie nicht verwirklicht werden können, kann Frustration entstehen |
| ERGEBNIS | Überblick über Kritikpunkte; kreative unkonventionelle Ideen und Denkanstöße, die bereits auf Realisierbarkeit geprüft sind |
| TIPP | Vielfältige Visualisierungsmaterialien (zum Zeichnen, Modell bauen etc.) wecken kreatives Potenzial der Teilnehmenden |
| DAUER | ½ Tag, 1 Abend bis 1-2 Tage, 1 Wochenende |

ZUKUNFTSWERKSTATT IN MANNHEIM BEI DER KONVERSION

„Mannheims weiße Flecken“ war der Titel der Zukunftswerkstatt für Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 27 Jahren, die im Rahmen der Konversion im November 2011 im Haus der Jugend stattfand. Hierbei sammelten rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Visionen und Ideen für die freiwerdenden militärischen Flächen. Die Zukunftswerkstatt wurde in Kooperation mit dem Stadtjugendring, der Carl-Benz-Schule und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) veranstaltet.



Diskussionsgruppen im World Café in Wallstadt

5.8 WORLD CAFÉ*

| | |
|----------|---|
| WAS | Bürgerinnen und Bürger kommen bunt gewürfelt in lockerer Runde zusammen, um an kleinen Tischen Informationen zu bekommen und zu diskutieren. Sie wechseln die Tische im Laufe der Veranstaltung, um bei jenen Themen mitzureden, die sie am meisten interessieren |
| FÜR WEN | Flexibel, 12 bis 1200 Personen |
| STÄRKEN | Auch die Leiseren kommen zu Wort; andere Blickwinkel werden deutlich; gute Möglichkeit gegensätzliche Standpunkte anzunähern |
| GRENZEN | Schwierig, wenn Lösung für ein konkretes Problem innerhalb kürzester Zeit benötigt wird |
| ERGEBNIS | Sammeln sehr vieler Ideen; entscheidend für ein gutes Ergebnis ist die Fragestellung für die Tischrunden; durch Favorisierung der Vorschläge kann konkretes Ergebnis erzielt werden |
| TIPP | Gut mit anderen Methoden zu kombinieren |
| DAUER | Flexibel: 3 Stunden bis 2 Tage |



WORLD CAFÉ BEI DER UMGESTALTUNG DES RATHAUSPLATZES WALLSTADT

Öffentliche Plätze werden in Mannheim gemeinsam mit der Bürgerschaft geplant, so auch bei der Umgestaltung des Rathausplatzes in Wallstadt im Jahr 2008.

Insgesamt wurden zwei Planungswerkstätten mit rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die Methode „World Café“ wurde in beiden Veranstaltungen angewendet: In einem ersten Schritt, um mit drei ausgewählten Planungsbüros Anforderungen, Vorstellungen und Ideen zu generieren, und bei der zweiten Veranstaltung rund zwei Monate später, um die verschiedenen Konzeptentwürfe der Planungsbüros gemeinsam zu diskutieren und zu bewerten.

* AG Bürgermitwirkung des Städertages Baden-Württemberg 2012: 64.



Das Stadtbahn-Forum bei der Arbeit

5.9 MASSNAHMENBEZOGENES FORUM



| | |
|----------|--|
| WAS | Für ein konkretes Projekt wird ein eigenes Forum gegründet, in dem verschiedene Interessensvertreterinnen und -vertreter Planungsvarianten diskutieren und zu einem abgestimmten Ergebnis kommen |
| FÜR WEN | Bis zu 20 Personen |
| STÄRKEN | Ein konstanter Personenkreis kann kontinuierlich und zielführend an einem Thema arbeiten; im Idealfall kann mit „einer Stimme“ gesprochen werden |
| GRENZEN | Die Auswahl der Teilnehmenden des Forums ist entscheidend; insbesondere die Gegner des Projekts müssen stark repräsentiert sein |
| ERGEBNIS | Abgestimmte, gemeinsame Stellungnahme, evtl. eigene Planungsvariante |
| DAUER | flexibel, je nach Projektdauer mehrere Wochen bis Monate |

INITIIERUNG EINES MASSNAHMENBEZOGENEN FORUMS IN MANNHEIM BEI DEN PLANUNGEN DER STADTBahn NORD

Beim Großprojekt „Bau der Stadtbahn Nord“ mit einem Gesamtvolumen von ca. 80 Mio. Euro setzten Stadt und RNV von Anfang an (2009) auf einen mehrstufigen Bürgerdialogprozess. Die Bürgerschaft wurde in Bürgerinformationsveranstaltungen umfangreich über das Verfahren informiert. Eigens für das Projekt wurde ein Gremium initiiert, das sogenannte „Stadtbahn-Forum“, in das Vertreterinnen und Vertreter der Anwohnerschaft, der Vereine, der Wirtschaft, der Schulen und der Kirchen berufen wurden. Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen sowie Ortsbegehungen waren weitere wesentliche Elemente der breit angelegten Bürgerbeteiligung, die letztendlich dazu führte, dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit eine alternative Streckenführung beschloss, die im Stadtbahn-Forum erarbeitet wurde.



Ortsbegehungen im Rahmen des EKI (2009)

5.10 ORTSBEGEHUNGEN*

| | | |
|----------|--|--|
| WAS | Bürgerinnen und Bürger erkunden das Planungsgebiet gemeinsam mit Fachleuten, informieren sich und lassen sich Ideen erläutern | |
| FÜR WEN | Für ca. 20 bis maximal 40 Personen | |
| STÄRKEN | Veranschaulichung von Planungsprozessen und Herstellen eines lokalen Bezugs; unterstützen Planungsprozesse visuell und sind daher sehr zu empfehlen | |
| GRENZEN | Je nach Örtlichkeit, begrenzte Aufstellung der Spaziergänger möglich; Verständlichkeit aufgrund des Verkehrslärms eingeschränkt; Diskussionsergebnis kann nicht visualisiert werden; Planungsunsicherheit wegen Wetterabhängigkeit | |
| ERGEBNIS | Sammlung von Ideen, Meinungsaustausch | |
| TIPP | Besonders für Kinder und Jugendliche geeignet | |
| DAUER | 1-3 Stunden | |

ORTSBEGEHUNGEN IN MANNHEIM BEIM ENTWICKLUNGSKONZEPT INNENSTADT (EKI)

Anlässlich des Stadtjubiläums 2007 wurde ein umfassender, mehrstufiger Erneuerungsprozess für die Quadrate und den Jungbusch auf den Weg gebracht. Ergebnis war das mit breit aufgestellter Bürgerbeteiligung erarbeitete EKI. Seit der Verabschiedung im Gemeinderat im Jahr 2008 stellt das EKI den Entwicklungsrahmen für alle Maßnahmen, Projekte und Investitionen in der Innenstadt und im Jungbusch dar.

Neben mehreren Bürgerinformationsveranstaltungen, der Arbeit in Runden Tischen zu unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, zahlreichen konkreten Planungsworkshops waren auch Ortsbegehungen eine gute Möglichkeit, um mit der Bürgerschaft vor Ort Knackpunkte zu identifizieren und Lösungsansätze zu diskutieren.

* U.a. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2001: 328.

The screenshot shows the Mannheim homepage with a search bar at the top. Below it, a navigation menu includes 'FORUM' and 'Arbeiten'. The main content area is titled 'Arbeiten' and discusses 'Arbeiten in den Konventionshallen am Beispiel der Turnier-Barracks'. A table lists two forum topics:

| Thema | Autor | Hilfe | Letzter Beitrag |
|---|-------|-------|-----------------------------|
| "Wasches (Geserbe) könnte nach ihrer Vorstellung in einem durchsuchbaren Gefäß angeordnet werden?" R. Koenig am 11.09.2012 - 21:59 | 4 | | Wagl 04.07.2012 - 21:57 |
| "Welche Bedingungen müssten erfüllt sein, damit sich Menschen auf dem Gelände niederlassen und Arbeitgeber schaffen?" R. Koenig am 11.04.2012 - 16:47" | 2 | | Klaus 16.03.2012 - 13:38 |

Auszug aus der Mannheimer Homepage vom August 2012

5.11 ONLINE-DIALOG*



| | |
|----------|--|
| WAS | Online organisierte Bürgerbefragung und -diskussion, die für den Durchführungszeitraum als Diskussionsplattform fungiert |
| FÜR WEN | Für beliebig viele Personen |
| STÄRKEN | Zeitlich und örtlich unabhängig; Entwicklung neuer Ideen in kurzer Zeit; Vernetzung von Bürgerinnen und Bürgern und Bekanntmachung von Ideen; spricht besonders Jugendliche an |
| GRENZEN | Nur für diejenigen, die über einen PC und Netzanschluss verfügen; erfordert intensive Betreuung der Online-Plattform |
| ERGEBNIS | Feedback von Beteiligten; Erstellung von Priorisierungen möglich |
| TIPP | Am besten in Kombination mit weiteren Methoden (Präsensveranstaltungen) anzuwenden |
| DAUER | Vorbereitung mehrere Wochen bis zu ½ Jahr, Durchführung beliebig: wenige Wochen bis mehrere Monate |

ONLINE-DIALOG IN MANNHEIM BEI DER KONVERSION

Die Möglichkeit, sich bei Planungen und Themen per Internet zu äußern und sich an der Diskussion zu beteiligen, wurde im Verlauf des Konversionsprozesses der Bürgerschaft bereits zweimal eingeräumt.

Der Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen hat in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Presse und Kommunikation sowie Informationstechnologie ein Baustein-Konzept für www.mannheim.de mit verschiedenen Beteiligungs-Modulen (Internetforen, Globale Kommentare, Umfragen, Bewertungen) entwickelt, die der Gesamtverwaltung zur Verfügung gestellt werden können. Weitere Information erhalten Sie beim Team Bürgerschaft und Beteiligung.

* Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin:
327.

6 ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

Fachbereich Rat,
Beteiligung und Wahlen,
Team Bürgerschaft und
Beteiligung



Peter Myrczik
(Fachbereichsleiter)
Telefon 293-2010



Robert Erasmy
(Teamleiter)
Telefon 293-9336



Manuela Baker-Kriebel
(Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement)
Telefon 293-9361



Ruth Kupper
(Projekte, Grundsatzfragen)
Telefon 293-9366



Petra Seidelmann
(Vertretung von Kinderinteressen,
Projekte, Grundsatzfragen)
Telefon 293-9359



Birgit Schreiber
(Vertretung von Kinderinteressen)
Telefon 293-3657



Nadja Wersinski
(Stadtteilorientierung der
Verwaltung)
Telefon 293-9390



Nicole Wiehl
(Bürgerbeauftragte)
Telefon 293-2931

7 QUELLEN

- AG BÜRGERMITWIRKUNG DES STÄDTETAGES BADEN-WÜRTTEMBERG (2012): Hinweise und Empfehlungen des Städtetags Baden-Württemberg zu Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik. Stuttgart.
- AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG (2010): Handbuch Bürgerbeteiligung für Land und Gemeinden. Bregenz.
- BAUGESETZBUCH (2012).
- BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH (2009): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis. Wien.
- GEMEINDEORDNUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (2012).
- ISSELMANN MICHAEL / STOCK, MARION (2005): Bericht aus Bonn. Verstetigte Partizipation = verstetigende Partizipation. In: Rösener, Britta / Selle, Klaus (Hrsg.): Kommunikation gestalten. Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis. Kommunikation im Planungsprozess. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- KUBICEK, HERBERT / LIPPA, BARBARA / KOOP, ALEXANDER (2011): Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung. Eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- MINISTERIUMS FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT, FAMILIE UND FRAUEN RHEINLAND-PFALZ (2009): Checkliste „Barrierefreie Veranstaltung“.
- REINERT, ADRIAN (2009): Bürger(innen)beteiligung als Teil der lokalen Demokratie. In: Ley, Astrid / Weitz, Ludwig (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch (3.Aufl.). Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN (2011): Handbuch zur Partizipation. Berlin.
- STADT MANNHEIM (2012): Tagungsdokumentation. Großgruppenkonferenz „Kinderbetreuung in Mannheim“. 1. Dezember 2011. Mannheim.
- STADT MANNHEIM (2011): Informationsvorlage 503/2011. Großgruppenkonferenz „Kinderbetreuung in Mannheim“ am 1.12.2011. Mannheim.
- STOCK, MARION (2012): Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung: Präsentation auf der Tagung Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung, 14.-16. September. Loccum (unveröffentlicht).
- STRATEGIEGRUPPE PARTIZIPATION (2012): Arbeitsblätter zur Partizipation. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.
- THÜR, MAXIMILIAN (2012): Projektarbeit. Bürgerbeteiligung, Begriff, Arten und der Weg zu erfolgreicher Beteiligung. Mannheim: Duale Hochschule Baden-Württemberg.
- VERWALTUNGSVERFAHRENSGESETZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2012).
- WETTERICH, JÖRG / ECKL, STEFAN (2006): Sport und Bewegung in Dreieich. Sportverhalten, Bilanzierung und Kooperative Planung. Berlin: Lit Verlag.

8 ANHANG

- A Übersicht über Bürgerbeteiligungsprozesse in Mannheim
- B Mannheimer Beispiele für formelle Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der GemO
- C Methodenbeispiele für formelle und informelle Bürgermitwirkung in den unterschiedlichen Intensitätsstufen
- D Methodenübersicht
- E Hilfreiche Links
- F Literaturempfehlungen

A ÜBERSICHT ÜBER BÜRGERBETEILIGUNGSPROZESSE IN MANNHEIM (NICHT VOLLSTÄNDIG)

| Titel des Verfahrens | Zeitraum | federführender Fachbereich/ Dezernat | angewandte Methode(n) |
|---|-----------|---|--|
| Stadtweite Prozesse | | | |
| Bürgerforum des Bundespräsidenten 2011 | 2011 | 15; FVA 2013 | - Bürgerforum - Onlinedialog |
| Großgruppenkonferenz Kinderbetreuung | 2011 | Dez. III | - Planungsworkshop - World Café |
| Konversion | seit 2011 | Geschäftsstelle Konversion | - Bürgerinformationsveranstaltung - Bürgerforum - Zukunftswerkstatt - Runder Tisch - Arbeitsgruppen - Initiierung einer Plattform - Onlinedialog - Ortsbegehung - Netzwerke bilden |
| Kreativwirtschaftszentrum Jungbusch | seit 2010 | 80 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Ortsbegehung |
| Neue Platanen für Mannheims Bürgerallee-Augustaanlage | seit 2010 | 68 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Ortsbegehung |
| Stadtbahn Nord | seit 2009 | 13 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Bürgerforum - Initiierung eines Maßnahmenbezogenen Forums - Planungsworkshop - Ortsbegehung |
| Neugestaltung der Planken (im Rahmen von EKI) | seit 2007 | 61 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Runder Tisch - Ortsbegehung - Sprechstunde |
| Block 9 | 2008 | 15 | - Bürgerversammlung (formelles Verfahren nach Gemeindeordnung) |
| Migrantenspezifische Interessensvertretung und Beteiligungsförderung | seit 2000 | 19 | - Migrationsbeirat - Sprechstunde - Migrationsforum (seit 2008) |

| Titel des Verfahrens | Zeitraum | federführender Fachbereich/ Dezernat | angewandte Methode(n) |
|---|-----------------|---|---|
| Prozesse in einzelnen Stadtteilen | | | |
| Käfertal Zentrum | seit 2012 | 61 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Planungsworkshop - Ortsbegehung |
| T4/T5 (Sickinger Schule) | seit 2011 | 25; 15 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Planungsworkshop - Ortsbegehung |
| Bischweilerring, Friedrichsfeld | seit 2011 | 61 | - Bürgerinformationsveranstaltung |
| Neubau Kinderkrippe Wallstadt | 2010 | Dez. III | - Runder Tisch - Ortsbegehung |
| Lena-Maurer-Platz, Schönau | 2010 | 61 | - Planungsworkshop - Kooperative Planung - World Café |
| Grillen im „Internationaler Garten U5“ | 2010 | 15 | - Initiierung eines Maßnahmen- bezogenen Forums - Ortsbegehung - Einzelgespräche |
| Spielplatz Östliche Unterstadt | 2004 | 61; 15 | - Planungsworkshop - Kooperative Planung - Ortsbegehung - Sprechstunde |
| Skatepark Schönau | 2009-2012 | 15 und 51 | - Planungsworkshop - Initiierung eines Maßnahmen- bezogenen Forums |
| Rathausplatz Wallstadt | 2008-2010 | 61 | - Planungsworkshop - Kooperative Planung - World Café |
| Aufeld, Neckarau | 2008/ 2009 | (ehemaliges) Agenda-Büro | - Planungsworkshop - World Café |
| Neugestaltung Herschelplatz | 2002/ 2003 | 61, 15 | - Bürgerinformationsveranstaltung - Planungsworkshop - kooperative Planung - Initiierung eines Maßnahmen- bezogenen Forums - Runder Tisch - Ortsbegehung |

Die Namen der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner können Sie beim Team Bürgerschaft und Beteiligung erfragen.

B MANNHEIMER BEISPIELE FÜR FORMELLE BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN IM RAHMEN DER GEMO

| Gesetzliche Vorgabe | Beispiele aus Mannheim |
|--|--|
| Wahlrecht § 14 GemO BW | In Mannheim werden, wie in Deutschland üblich, die Wahlen durch die Verwaltung vorbereitet und durch unabhängige Wahlorgane durchgeführt und ausgezählt. |
| Unterrichtung der Einwohner § 20 GemO BW | Die Unterrichtung der Einwohner findet u.a. über das Amtsblatt/Wochenblatt, die städtische Internetseite, Bürgerbriefe, den Neujahrsempfang und Presseinformationen statt. |
| Bürgerversammlung § 20a GemO BW | Eine Bürgerversammlung fand in Mannheim im Rahmen des Neubaus des Steinkohleblocks beim Großkraftwerk Mannheim (Block 9) statt. Über 1200 Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung des Oberbürgermeisters am 11. Juni 2008. |
| Bürgerantrag § 20b GemO BW | 1987 stellte der Fußballverein SV Waldhof Mannheim einen 40.000 Unterschriften starken Bürgerantrag zum Umbau des Rhein-Neckar Stadions an den Gemeinderat der Stadt Mannheim. Das Quorum von 30 % wurde erreicht. Der Gemeinderat lehnte den Bürgerantrag jedoch mit geringer Mehrheit ab. |
| Bürgerentscheid/Bürgerbegehren § 21 GemO BW | 1986 führten Proteste seitens der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger gegen den Neuaufbau des Stadthauses zu einem Bürgerentscheid. 83% stimmten für einen Wiederaufbau nach historischen Plänen, jedoch wurde das erforderliche Quorum von 30% um 3,8% verpasst. Der damalige Oberbürgermeister entschied sich schließlich für den postmodernen Neubau des Stadthauses. |

Thür 2012

C METHODENBEISPIELE FÜR FORMELLE UND INFORMELLE BÜRGERBETEILIGUNG IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN INTENSITÄTSSTUFEN

| Intensitätsstufe der Beteiligung | Beispiele für formelle Bürgermitwirkung | Beispiele für informelle Bürgermitwirkung |
|--|--|---|
| Stufe 1: Informieren/Information | § 4 GemO Öffentliche Bekanntmachung von Satzungen § 34 GemO Zeit, Ort und Tagesordnung von Gemeinderatssitzung rechtzeitig ortsüblich bekanntmachen § 35 GemO Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen | Flyer/Wurfsendungen/Aushang Mitteilungsblatt/Amtsblatt Presse, sonstige Medien Ausstellungen Bürgerinformationsveranstaltung |
| Stufe 2: Anhören/Konsultation | § 20 a GemO Bürgerversammlung § 20 b GemO Bürgerantrag § 3 BauGB Frühzeitige Information über Bauleitpläne § 33 GemO sachkundige Einwohner, Sachverständige, Fragestunden, Anhörungen im Gemeinderat § 40/41 GemO sachkundige Einwohner als Mitglieder in Ausschüssen § 41a GemO Beteiligung von Jugendlichen | Bürgerfragestunde Vortrags-/Diskussionsreihe Interviews/Expertengespräche Bürgerbefragungen Aktivierende Befragung Online-Dialog World Café Ortsbegehung |
| Stufe 3: Einvernehmen/Benehmen/ Mitgestaltung | § 21 GemO Bürgerbegehren § 81 Abs. 2 GemO Offenlegung des Haushaltsplans § 3 BauGB Offenlegung der Bauleitpläne | Planungszellen Planungswerkstätten Zukunftswerkstatt Arbeitsgruppen Mediation Maßnahmenbezogene Foren |
| Stufe 4: Entscheiden/Kooperation | § 21 GemO Bürgerentscheid § 26 GemO Wahl der Gemeinderäte § 45 Wahl des (Ober-) Bürgermeisters | Runder Tisch/Foren Projektgruppen Beirat Verein/Vereinsring |

Ergänzte Tabelle der AG Bürgermitwirkung des Städttetages Baden-Württemberg 2012: 62.

D METHODENÜBERSICHT

| Name | Dauer | Teilnehmer | Ziel | Methode | Hinweise |
|---|---------------------------------|--|---|--|--|
| Arbeitsgruppen/ Arbeitskreis | kurzzeitig bis längerfristig | bis zu 15 Teilnehmer | Erarbeitung von Projektinhalten; Konsultation; Mitgestaltung | In Arbeitsgruppen erarbeiten Bürgerinnen und Bürger strukturiert und meist in mehreren Treffen Ergebnisse zu vordefinierten Fragen und Themen. | Aufgabe der Arbeitsgruppe klar definieren und in Teilportionen gliedern, damit auch bei größeren Aufgaben erste Ergebnisse und Erfolge schon nach kurzer Zeit vorliegen; dafür sorgen, dass die Ergebnisse die Öffentlichkeit erreichen; intensive Mitarbeit erfordert auch eine besondere Würdigung der Bürgerinnen und Bürger. |
| Bürgerforum | 6 bis 8 Wochen | Großgruppen (300 bis 400 Personen) | Einholen eines belastbaren Meinungsbildes; Konsultation | Phasen des Bürgerforums: Vorbereitung – Auftaktveranstaltung – Online-Phase – Abschlussveranstaltung. Die Online-Phase soll die vertiefte Diskussion der offenen Fragestellungen ermöglichen. | Die Teilnehmer sollten einen heterogenen Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Gleichzeitig müssen sie über das notwendige Know-how verfügen, um an der Online-Phase teilzunehmen. |
| Bürgerhaushalt | Mehrere Monate | Großgruppe | Beratung von Entscheidern; ggf. Entscheidung durch Bürger; Konsultation; Mitgestaltung; Kooperation | Phasen des Bürgerhaushalts: Information – Konsultation – Rechenschaft. Die Verantwortung für den Haushalt bleibt bei der Politik. Einige Städte bilden aber auch Bürgerbudgets, diese können von den Bürgern frei verplant und eingesetzt werden. | Die Phase der Konsultation kann in einem offenen Plenum oder in einem Bürgerforum erfolgen. |
| BürgerInnenrat | 1 bis 2 Tage | für 12 bis 16 Teilnehmer | Erarbeitung einer Stellungnahme zu aktuellen Themenstellungen der Kommune und Skizzieren von Lösungsansätzen in einem „Bürgergutachten“, das dann öffentlich vorgestellt und diskutiert wird; Mitgestaltung | „Dynamic facilitation“ ist eine neue Moderationsmethode, die geschulten ModeratorInnen ermöglicht, mit den ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern in ca. 1,5, Tagen ein Statement zu einem in der Kommune relevanten Thema zu erarbeiten. Dieses sog. „Bürgergutachten“ wird dann von den ausgewählten BürgerInnen der Öffentlichkeit, dem Gemeinderat und Verwaltungsvertretern präsentiert und weiter diskutiert. Danach kann eine sog. „Resonanzgruppe“ die Kernthemen oder -anliegen weiter bearbeiten und ggf. Projekte initiieren. | Damit der BürgerInnenrat nicht losgelöst von der Kommunalpolitik agiert, ist es empfehlenswert, dass der Gemeinderat in die Themenfindung einbezogen wird. So kann die Qualität von politischen Entscheidungen verbessert, ein Dialog/Triialog ermöglicht und das Interesse an der Stadtentwicklung, aber auch an einem Engagement bei den Beteiligten gefördert werden. |
| Bürgerpanel/ Umfrage/ Information | drei bis viermal pro Jahr | Befragung von 500 bis 2.500 repräsentativ ausgewählten Bürgern | Einholen eines belastbaren Meinungsbildes; Konsultation | Bei einem Bürgerpanel handelt es sich um eine ein- oder mehrfache Wiederholung einer repräsentativen Befragung. | Um einen möglichst breiten Teilnehmerkreis zu erreichen sollte das Bürgerpanel durch Medien unterstützt werden. Weitere Anknüpfungspunkte für die an der Befragung Beteiligten können weitere Bürgermitwirkungsprozesse sein. |
| Dialog/Gespräche | halber Tag bis 2 Tage | für bis zu 30 Teilnehmer | Konsultation | Bürgerinnen und Bürger sitzen im Kreis und tauschen ihre Gedanken und Meinungen zu einem Thema aus. Es kursiert ein Redesymbol, z.B. eine Karte. Wer diese Karte hat, darf reden. | Gut mit anderen Methoden zu kombinieren, in denen die Teilnehmenden in Kleingruppen arbeiten (z.B. Open Space oder Arbeitsgruppen) |
| Mediation | längerfristig | für kleine und für große Gruppen | Konsens finden; Mitgestaltung | Die von einem Konflikt betroffenen Bürgerinnen und Bürger und/oder Betroffene aus Interessengruppen suchen in einem klar strukturierten Verfahren eine Lösung, die sie gemeinsam tragen können. Alle nehmen freiwillig am Verfahren teil und haben dieselben Rechte und Pflichten. Alle bestimmen die Lösung mit und werden von professionellen Mediatoren unterstützt. | Professionelle Mediatoren einbeziehen; um Konflikt zu lösen oder bei Meinungsverschiedenheiten Konsens zu finden; fördert die sachliche Auseinandersetzung aller Betroffenen auf gleicher Augenhöhe; sobald die Interessen der Teilnehmenden klar sind, können neue Lösungen gefunden werden. |

D METHODENÜBERSICHT

| Name | Dauer | Teilnehmer | Ziel | Methode | Hinweise |
|-------------------------------------|--|---|--|---|---|
| Open Space | 1 bis 3 Tage | Flexibel 10 bis 2.000 Teilnehmer | Beeinflussung; öffentliche Diskussion; Information; Konsultation | Beim Open Space gibt es ein Leitthema, zu dem die Bürgerinnen und Bürger Themen vorschlagen. Alle Themen werden auf dem „Marktplatz“ angeboten. Die Teilnehmenden wählen jene Themen aus, die sie besonders interessieren, und diskutieren diese eigenständig in Kleingruppen. Sie können die Kleingruppen beliebig wechseln. Die Ergebnisse werden danach für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer präsentiert. | Für besonders brennende Themen geeignet; Raum für Selbstorganisation lassen – Open Space lebt von der Eigendynamik. Bürgerinnen und Bürger können die Themen, die Ihnen wichtig sind, selbst in die Diskussion einbringen. Die Arbeit kann in Arbeitsgruppen fortgesetzt werden. |
| Planungszelle/ Planungswerkstatt | 2 bis 4 Tage | Flexibel (max. 25 Personen pro Planungszelle) | Beratung von Entscheidern; Beeinflussung der öffentlichen Diskussion; Mitgestaltung | 25 Bürgerinnen und Bürger arbeiten über einen Zeitraum von bis zu vier Tagen in Kleingruppen an Lösungen zu einer bestimmten Fragestellung. Die Teilnehmer werden zufällig ausgewählt – sie sollen betroffen, aber nicht in Interessengruppen organisiert sein. Zum Einstieg dienen häufig Vorträge von Experten. | Ziel ist die gemeinsame Erstellung eines Bürgergutachtens. Die Arbeit sollte durch professionelle Moderatoren unterstützt werden. Es werden Entscheidungsalternativen erarbeitet. |
| Projektgruppen | kurzzeitig bis längerfristig | bis zu 30 Teilnehmer | Realisierung von Projekten; Umsetzung; Kooperation | Es geht darum in einem zeitlich befristeten Vorhaben eine abgeschlossene Planung zu realisieren. | Es sollte sich um zupackende Akteure handeln – folglich können nicht alle, sondern nur Teilnehmer mit bestimmten Voraussetzungen (z.B. Schreiner oder Maurer) beteiligt werden. |
| Runder Tisch | halber Tag bis 2 Tage oder längerfristig | für bis zu 15 Teilnehmer | Um mit Betroffenen gemeinsam getragene Lösungen zu erarbeiten; Kooperation | Bürgerinnen und Bürger sitzen gleichberechtigt am Tisch, um miteinander oder mit Gemeindeverantwortlichen Konflikte zu lösen und Konsens zu finden. Personen aller betroffenen Interessen sind am Runden Tisch anwesend. Alle haben dieselben Rechte und Pflichten. | Bei Bedarf können professionelle Mediatoren zugezogen werden; um Konflikte zu lösen oder bei Meinungsverschiedenheiten Konsens zu finden; fördert die sachliche Auseinandersetzung aller Betroffenen auf gleicher Augenhöhe. |
| Workshop | kurzzeitig bis längerfristig | bis zu 15 Teilnehmer | Erarbeitung von Projektinhalten; Information; Konsultation | Analog Kurzbeschreibung „Arbeitsgruppe“ mit dem Unterschied, dass der Workshop auch den Charakter von Wissensvermittlung haben kann. | Ein Workshop sollte moderiert werden; je stärker die Interaktionen zwischen den Teilnehmern angeregt werden, desto konstruktiver ist der Arbeitsprozess zur Konzepterarbeitung. |
| World Café | Flexibel (3 Stunden bis 2 Tage) | Flexibel 12 bis 1.200 Personen | Einbringen in öffentliche Diskussion; Sammeln sehr vieler Ideen; Information; Konsultation | Bürgerinnen und Bürger kommen bunt gewürfelt in lockerer Runde zusammen, um Informationen zu bekommen und an kleinen Tischen zu diskutieren. Sie wechseln die Tische im Laufe der Veranstaltung, um bei jenen Themen mitzureden, die sie am meisten interessieren. | Gut mit anderen Methoden zu kombinieren, in denen die Teilnehmenden in Kleingruppen arbeiten (z.B. Open Space oder Arbeitsgruppen). An den Tischen laufen ungezwungene Gespräche, dadurch kommen auch die Leiseren zu Wort. Neben der Diskussion soll auch auf den Tischtüchern geschrieben werden, um die Ergebnisse festzuhalten. |
| Zukunftskonferenz | 2 bis 3 Tage | Mittelgroße Gruppe (idealerweise 64 Personen) | Beratung von Entscheidern; Beeinflussung der öffentlichen Diskussion; Konsultation | Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen erarbeiten nach einem festgelegten Ablaufschema Maßnahmen und Aktionspläne für künftige Vorhaben. Ideal sind 64 Personen für 8 Kleingruppen (Reflektion – Analyse – Zukunftsentwurf – Gemeinsamkeiten – Planung der Maßnahme). | Die Gruppen sollten homogen und heterogen nach den unterschiedlichen Interessengruppen zusammengesetzt werden. Dadurch soll das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Die Methode ist besonders geeignet zur Fortsetzung von Prozessen. |
| Zukunftswerkstatt | halber Tag bis 2 Tage | Flexibel (max. 25 Personen pro Gruppe) | Beratung der Verwaltung; Beeinflussung der öffentlichen Diskussion; Mitgestaltung | Bürgerinnen und Bürger entwickeln in kreativer und spielerischer Atmosphäre fantasievolle und ungewöhnliche Lösungen zu aktuellen Fragen. Sie beginnen mit der Kritikphase. Danach suchen sie in der Fantasiephase vielfältige Lösungen zu den Kritikpunkten. In der Realisierungsphase überprüfen sie, welche Lösungen verwirklicht werden können. | Vielfältige Visualisierungsmaterialien wecken das kreative Potential der Teilnehmer; bietet Platz sowohl für Kritik als auch für Lösungen; die spielerische Atmosphäre regt die Fantasie an und erleichtert allen die Beteiligung. Die Methode ist geeignet zum Start von Prozessen. |

E LITERATUREMPFEHLUNGEN

AG BÜRGERMITWIRKUNG DES STÄDTETAGES BADEN-WÜRTTEMBERG (2012): Hinweise und Empfehlungen des Städtetags Baden-Württemberg zu Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik. Stuttgart.

AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG (2010): Handbuch Bürgerbeteiligung für Land und Gemeinden. Bregenz. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2011): Handbuch zur Partizipation. Berlin. Baugesetzbuch (2012).

ARBTER, KERSTIN / HANLER, MARTINA / PURKER, ELISABETH / TAPPEINER, GEORG / TRATTNIGG, RITA (2008): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Wien: Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

BECK, KURT / ZIEKOW, JAN (2011): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

BERTELSMANN STIFTUNG (2010): Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH (2009): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis. Wien.

KUBICEK, HERBERT / LIPPA, BARBARA / WESTHOLM, HILMAR (2009): Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene. Scheßlitz, Rosch-Buch.

LEY, ASTRID / WEITZ, LUDWIG (HRSG.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch (3.Aufl.). Bonn: Stiftung Mitarbeit.

NANZ, PATRIZIA / FRITSCHE, MIRIAM (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

SELLNOW, REINHARD (2008): Die mit den Problemen spielen.... Ratgeber zur kreativen Problemlösung. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN (2011): Handbuch zur Partizipation. Berlin.

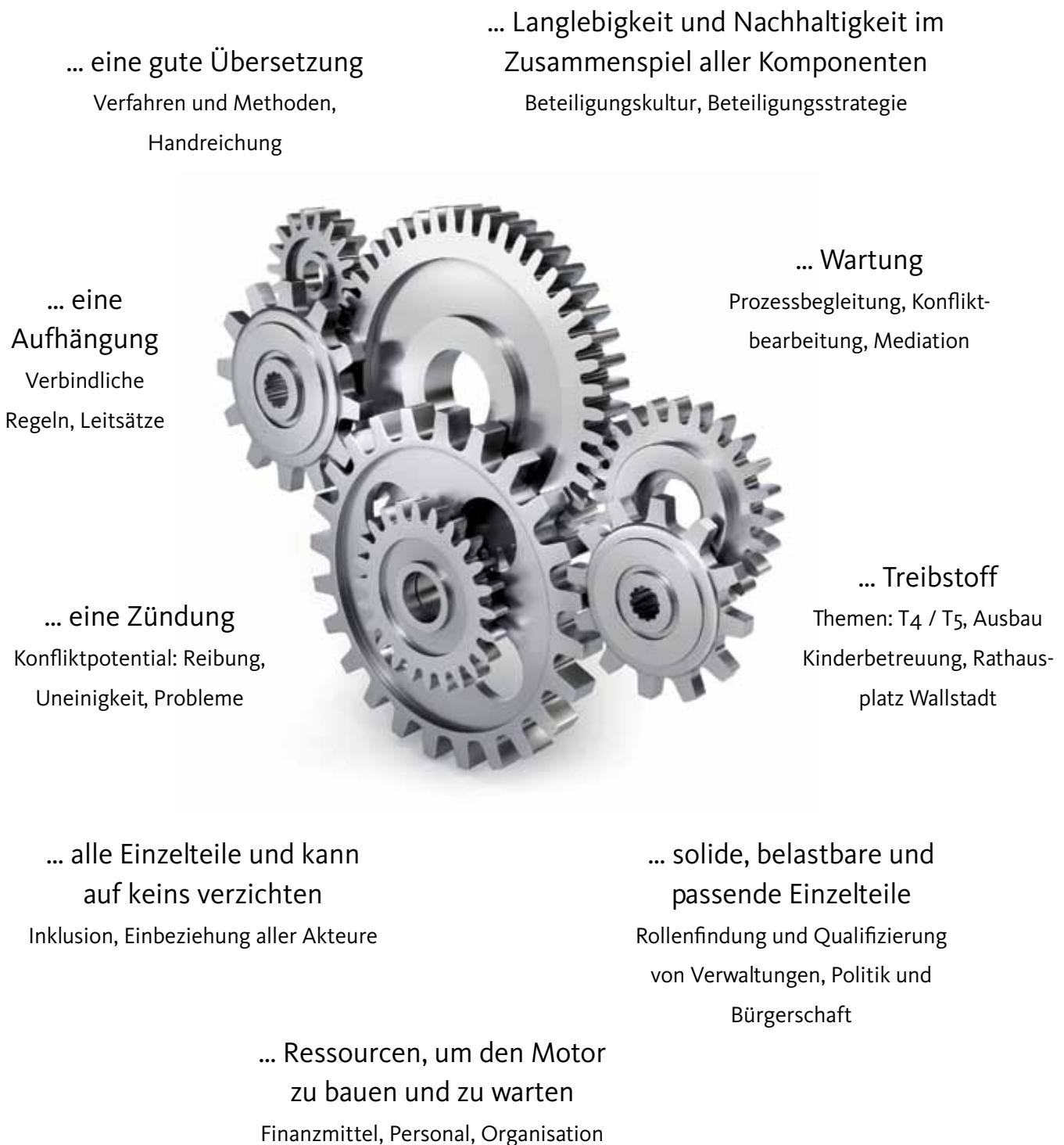
SMETTAN, JÜRGEN / PATZE, PETER (2012): Bürgerbeteiligung vor Ort. Sechs Beteiligungsverfahren für eine partizipative Kommunalentwicklung. Arbeitshilfe für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 44. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

STADT ZÜRICH (2006): Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse. Arbeitshilfe für die Verwaltung. Zürich.

STIFTUNG MITARBEIT (2011): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen, Trends, Projekte. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 25. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

BÜRGERBETEILIGUNG ALS MOTOR DER KOMMUNALEN ENTWICKLUNG*

EIN FUNKTIONIERENDER MOTOR BRAUCHT ...



HILFREICHE LINKS

IM INTRANET

- Bürgerstadt Mannheim: Leitlinien des Gemeinderates
- Übersicht über Räumlichkeiten für repräsentative Veranstaltungen
- Ansprechpartner und Zuständigkeiten für städtische Veranstaltungen
- Erhebung der Bürgerbeteiligungsverfahren – Auswertung –
- Handreichung Bürgerbeteiligung
- Checkliste Bürgerbeteiligung
- Checkliste Barrierefreie Veranstaltung
- Übersicht externe Dienstleister im Bereich Veranstaltungsmanagement
- Übersicht externe Dienstleister im Bereich Catering
- Spielregeln für Bürgerbeteiligung

IM INTERNET

- Wegweiser Bürgergesellschaft: www.buergergesellschaft.de/
- Stiftung Mitarbeit: www.mitarbeit.de/
- Partizipation in Österreich: www.partizipation.at/

AUF DER MANNHEIMER HOMEPAGE

- Forum für Online-Beteiligung: www.mannheim.de/forum
- Team Bürgerschaft und Beteiligung: www.mannheim.de/buergerbeteiligung